

Arbeiter-Zeitung

A

ersch. täglich
Wochens. 42 Pf. +
Postlohn = 2,30 Pf.
monatlich 2,15 Pf.
gehaltene Mitteilungs-
sammlungsangelegen 6 Pf.
meterzeit ober deren Na-
Sauptexpedition um 8 Uhr; in den Villalen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 439 02. Postfachnummer: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinter-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50, Fernsprecher 439 02.

**Wählt Delegierte
zur internationalen
Betriebsdelegierten-
Konferenz am 29. Januar**

Antifaschisten Breslaus zeigt eure Stärke!

**Heraus auf die Straße am Mittwoch, dem 11. Januar, zur
Beisetzung des ermordeten SAJ.-Genossen Hanisch
Arbeiter, Werktätige Breslaus!**

Der Mordfaschismus rast durch das Land! Täglich mehren
sich die Überfälle der schwerbewaffneten Nazihorden auf wehrlose
Arbeiter, auf Heime und Gebäude der Arbeiterschaft. Nach dem
vielschicksaligen Fernepford an dem SA-Arbeiter Genisch in Dresden ist
jetzt als jüngstes Opfer der braunen Mordpest der

Jungarbeiter Hanisch in bestialischer Weise erstochen

worden. Systematisch hegt der Fememörder Heines seine Terror-
garden gegen die Breslauer Arbeiterschaft. Die Überfälle in den
letzten Tagen auf einen Arbeiter in der Bergstraße, auf das Gewerks-
chaftsheim in der Lohstraße, auf das Arbeiterheim in der Galt-
straße, auf die Reichsbannerkameraden in der Schweidnitzer Straße,
die Gummi-Nüppelattaden der Polizei, gemeinsam mit den Nazis,

gegen die Reichsbannerkameraden, gegen demonstrierende Arbeiter,
die provokatorischen Lügen des Breslauer Naziblattes über die
„Notwehr“ der bis an die Zähne bewaffneten SA, die absolut
unwahre Berichterstattung des Polizeipräsidenten über die Mord-
überfälle,

die Freilassung des Mörders,

bies alles zeigt, daß der Terror der kapitalistischen Schutzgarde gegen
die werktätige Bevölkerung in Breslau verschärft werden soll. In
der faschistischen Diktatur gilt das Leben der Arbeiter nichts!

Ein Welle von Empörung

ist die Antwort des Breslauer Proletariats, das in wuchtigen Kampf-
demonstrationen gegen das Mordmörderpack aufmarschierte.

Abmarsch von den Stadtteilen:
Am Mittwoch, den 11. Januar, um 12.15 Uhr
West: Striegauer Platz. Nord: Weihenburger Platz. Ost: Brodauer
Platz. Süd: Friedrichsplatz; Zentrum: Neumarkt; zur Nordseite,
Waschsch, Ecke Bauhofstraße. Von dort Abmarsch der Gesamtdemon-
stration um 13 Uhr zur Beisetzung nach dem Oswiger Friedhof, Tor 6,
Halle 2.

**Bezirksleitung Schlesien der KPD, und des KJVD, Bezirks-
komitee der KPD, Rote Hilfe, I. M. S. Internationaler Bund,
Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit, Roter Massenelbst-
schutz, Groß Breslau, Kampfbund gegen den Faschismus.**

Papen mit Schleicher einig

Gestern hatte Papen eine anderthalbstündige Unterredung mit
Schleicher, in der er Bericht über die Kölner Verhandlungen mit Hitler
erstattete. Nach dem amtlichen Bericht herrschte zwischen Papen und
Schleicher völlige Einigkeit.
Die bürgerliche Presse knüpft an diese Meldung den Kommentar,
daß wahrscheinlich auch am 24. Januar keine Reichstagsführung sein
werde, da die Nazis so lange wie möglich ihre Rolle der verfeindeten
Tolerierung spielen und jede Abstimmung im Reichstag vermeiden
wollen.

Schafft die kämpfende rote Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion!

Nieder mit dem faschistischen Mordterror! Betriebsarbeiter, be-
teiligt euch geschlossen vom Betriebe aus an der Demonstration zur
Beisetzung.

Folgt dem Aufruf der Eltern des ermordeten Jungarbeiters:
„Schließt die rote Einheitsfront, reißt euch ein in die Antifaschistische
Aktion. Entfaltet den breitesten Protest gegen dieses erneute Opfer,
welches uns und die gesamte Arbeiterklasse schwer trifft. Beantworte
diese feige Mordtat in allen Betrieben und Stempelstellen mit
Protestaktionen!“

**Antifaschisten von Breslau, zeigt eure Stärke! Am
Mittwoch, ab 12 Uhr, während der Demonstration zur**

**Beisetzung des Jungarbeiters Hanisch legt die Betriebe
still. Kein Hammerschlag mehr, kein Rad darf sich
drehen.**

**Kleinrentnerbetriebe, Kleinhändler, protestiert gegen den Blut-
rausch der Terrororgane, während der Demonstration zur Beisetzung
schließt die Geschäfte!**

**Arbeiter, Jungarbeiter, Werktätige von Breslau! Alles auf die
Straße, demonstriert gegen den faschistischen Mordterror! Zeigt durch
eure restlose Beteiligung, durch euren wuchtigen Massenaufmarsch
die Geschlossenheit und Kampfkraft der roten Einheitsfront, der Anti-
faschistischen Aktion.**

Siegreicher Hungerstreik in Gzenstochau

Gzenstochau, 6. Januar. Vom 25. Dezember 1932 bis zum 3. Ja-
nuar 1933 dauerte ein Hungerstreik der Arbeiter der Fabrik „Pa-
piernmühle“ (Papierfabrik und Druckerei). Die Direktion wollte
eine Kürzung der Löhne und der Deputate durchführen, wodurch die
Löhne um 40 Prozent gekürzt worden wären. Die Arbeiter nahmen
die Forderung der Fabrikleitung nicht an und blieben in der Fa-
brik, in der sie einen Hungerstreik durchführten.

Am 3. Januar stürmten demonstrierende Arbeiterfrauen die Fa-
brik. Am Sturm beteiligten sich auch die Arbeiter der Fabriken
„Marta“ und „Stradom“.

In all diesen Kämpfen spielten die Kommunisten eine große
Rolle. In der Fabrik wurden viele kommunistische Flugblätter ver-
breitet.
Die starke Solidarität und der Mut der Streikenden ihrer
Frauen und der Arbeiter der beiden genannten anderen Fabriken ver-
halfen den Streikenden zu einem vollständigen Sieg. Die Fabrik-
leitung mußte ihre Forderungen zurückziehen. Die alten Arbeitsbedin-
gungen blieben weiter bestehen, und für die Streiktage erhielt jeder
Arbeiter 20 Zloty Schadenersatz.

Der Führer des Weltproletariats spricht Die kapitalistische Welt geht mit der proletarischen Revolution schwanger!

Moskau, 10. Januar. (Sig. Drahtber.) Am Abend des 7. Januar
sprach der Führer der bolschewistischen Partei, Genosse Stalin,
auf der Tagung des vereinigten Plenums des Zentralkomitees und
der zentralen Kontrollkommission der kommunistischen Partei der
Sowjetunion, von stürmischen, nicht erdenwollenden Beifall emp-
fangen. In seiner großen, mehr als dreistündigen Rede sprach er
über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes.

Im ersten Teil seiner Rede befaßte sich Genosse Stalin mit der
gewaltigen internationalen Bedeutung des Fünfjahresplanes. Die Ge-
schichte hat bewiesen, daß der Fünfjahresplan nicht allein eine An-
gelegenheit der Sowjetunion ist, sondern eine Sache des gesamten
internationalen Proletariats. Schon lange, ehe wir noch an den
Fünfjahresplan denken konnten, als wir noch den Kampf gegen die
kapitalistischen Interventionstruppen zu führen hatten, wies Lenin
darauf hin, daß jeder Schritt in unserem wirtschaftlichen Aufbau in
der kapitalistischen Welt ein tiefes Echo findet und diese in zwei
Lager spaltet, in das Lager der Freunde der proletarischen Revolu-
tion und in das Lager ihrer Feinde.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat diese Perspektive Lenins
gänzlich bestätigt. Während die Bourgeoisie den Fünfjahresplan zu
Beginn als „Fieberphantasie“ bezeichnete, so erklärte sie im Ver-
laufe seiner siegreichen Durchführung ihn als eine Bedrohung der
Weltmärkte und der kapitalistischen Interessen.

Genosse Stalin führte in seiner Rede eine große Anzahl Aus-
führungen der bürgerlichen Presse in den letzten Jahren an, die den
Hinspalt der verschiedenen Schichten der Ausbeuterklasse in ihrer
Stellung zur Sowjetunion kennzeichnen. Ein Teil der Bourgeoisie
proklamiert den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, während
ein anderer Teil an dem wirtschaftlichen Aufbau zu profitieren hoffe.
Tagegen stellte sich die Arbeiterklasse aller Länder von vornherein
offen auf die Seite der Sowjetunion und begrüßte begeistert die

lähnen grandiosen Erfolge des sozialistischen Aufbaues, der vor sich
ging in dem Augenblick, da die kapitalistische Welt immer tiefer in
der Krise verfiel. Das ist die internationale Bedeutung des Fünf-
jahresplanes.

Nachdem wir den Fünfjahresplan durchgeführt haben, spaltet sich
die Welt in zwei Lager, in das Lager der Leute, die uns unermüdlich
anfeinden, und in das Lager der Leute, die von unseren Errungen-
schaften begeistert sind. Dieses Lager ist das Lager der Arbeiter-
klasse und der Werktätigen der ganzen Welt, und ist bereit, der Ar-
beiterklasse der Sowjetunion Hilfe zu leisten zum Schrecken der Bour-
geoisie.

Die kapitalistische Welt geht mit der proletarischen Revolution schwanger,

deshalb sucht die Bourgeoisie in dem angeblichen Mißlingen des
Fünfjahresplanes ein Argument gegen die Revolution, während für das
Proletariat die Errungenschaft unseres Aufbaues ein Argument für
die Revolution darstellt. Die Errungenschaften des sozialistischen Auf-
baues mobilisiert die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse der
ganzen Welt gegen den Kapitalismus — das ist eine unbestrittene
Tatsache, deshalb ist die revolutionäre Bedeutung des Fünfjahresplanes
zweifellos riesig.

Die grundlegende Aufgabe des Fünfjahresplanes, führte Genosse
Stalin weiter aus, bestehe darin, unser Land von seiner rückstän-
digen, mittelalterlichen Technik auf das Niveau der modernen Technik
zu führen, es aus einem Ackerbau- und ein modernes Industrie-
land umzuwandeln. Seine Aufgabe bestand weiter darin, die kapita-
listischen Elemente in der Wirtschaft endgültig zu liquidieren und die
sozialistischen Elemente zu stärken, eine ökonomische Basis für den
Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, nicht nur die In-
dustrie, sondern auch die Landwirtschaft auf die sozialistische Bahn zu

führen, und damit die Möglichkeit der Rückkehr der Kapitalisten in
die Sowjetunion zu vernichten. Die Aufgabe bestand weiter auch
darin, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu erhöhen und dieses
gegen einen Überfall von außen zu sichern.

Die Sowjetmacht kann sich nicht auf zwei sich widersprechende
Grundlagen stützen: auf eine große sozialistische Industrie, welche die
kapitalistischen Elemente vernichtet, und auf eine kleine Anzahl
Bauernwirtschaften, die die kapitalistischen Elemente ständig erzeugt.
Solange diese Einzelwirtschaften nicht beseitigt sind, besteht die Mög-
lichkeit der Restaurierung des Kapitalismus.

Die Beseitigung des Fünfjahresplanes, das heißt: Aufbau der
Schwerindustrie als der Grundlage des weiteren wirtschaftlichen Auf-
baues. Die Partei mußte, daß sie dem Land große Opfer auferlegte,
da ihr zum Aufbau der Schwerindustrie der Weg ausländischer An-
leihen versperrt war. Die Mittel mußten zur Akkumulation im
eigenen Land aufgebracht werden.

Eine lähne Aufgabe? Ein schwieriger Weg? Aber deswegen
heißt unsere Partei die Partei Lenins, weil sie keine Angst hat, vor
irgendwelchen Schwierigkeiten zurückzuschrecken. Wir haben so sehr
an die Kraft der Arbeiterklasse geglaubt, daß die Partei die Möglich-
keit hatte, sich das Ziel der Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier
Jahren zu stellen.

Wir haben dieses Ziel erreicht und sogar noch mehr als wir
selbst gedacht hatten. Die kapitalistischen Elemente sind in der In-
dustrie endgültig beseitigt worden, die sozialistische Industrie ist die
einzige Form der Industrie in der Sowjetunion. Es ist uns ge-
lungen, das auf fünf Jahre berechnete Programm in vier Jahren
und drei Monaten zu 93,7 Prozent zu erfüllen. Die Industrieprodu-
ktion hat sich gegenüber 1928 verdoppelt. Die Erfolge des Fünfjahr-
planes mobilisiert die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse aller
Länder gegen den Kapitalismus. Das ist eine unbestreitbare Tatsache.

Sozialdemokratischer Hilfsdienst für die Imperialisten

Castrol das Schanddokument der SPD.-Führer! — Steigert die Kampagne zum deutsch-polnischen Kongress!

Berlin, 10. Januar. (Fig. Drahtber.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag eine Interpellation zugehen lassen, welche die „Vorgänge im Osten“ behandelt. Die Interpellation verlangt von der Regierung der faschistischen Diktatur, daß der Vertreter der Regierung im Völkerbund sofort für „die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundversammlung“ eintritt, welche die Aufgabe haben soll, daß „von den Japanern die sofortige und bedingungslose Anerkennung des Layton-Berichtes“ verlangt wird. Ein gleichlautende Interpellation werden die französischen Sozialdemokraten einbringen. Es ist kein Zufall, daß die Sozialdemokratie Deutschlands und Frankreichs einige Wochen nach der Tagung des Internationalen Komitees gegen den Krieg in Paris und nach der großen Tagung der wichtigsten kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europas in Essen, mit diesem Dokument an die Öffentlichkeit treten. Die Interpellation der deutschen und französischen Sozialdemokratie ist ein geriffenes und raffiniertes Betrugsmanöver angesichts des steigenden Kampfwillens des internationalen Proletariats gegen die Kriegstreiber der internationalen imperialistischen Räuber, die Arbeitererschaft von einem direkten und ernsthaften Kampf gegen den imperialistischen Raubzug Japans und gegen die täglich steigende Kriegsgefahr in der übrigen kapitalistischen Welt abzulenken. Die Arbeitererschaft soll mit neuen Illusionen über den Völkerbund erfüllt werden, der nichts anderes ist als ein Instrument der französischen Imperialisten gegen die Sowjetunion. Die Durchführung des Layton-Berichtes, den die sozialdemokratischen Führer in ihrer Reichstagsinterpellation verlangen, würde nichts anderes bedeuten, als das chinesische Volk der Welt für die imperialistischen Räuber anzuliefern und auch die chinesischen Sowjetgebiete unter die Herrschaft des internationalen Imperiums zu zwingen.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Führer ist ein Schanddokument, das zugunsten des Imperialismus und gleichzeitig ein Schlag gegen die steigende Mobilisierung des internationalen Proletariats unter Führung der kommunistischen Internationale gegen die imperialistische Kriegsgefahr ist. Es ist notwendig, dieses neue Schanddokument der sozialdemokratischen Führer zu entlarven und alle Kräfte zu mobilisieren, um die Beschlüsse des Internationalen Komitees gegen den imperialistischen Krieg und den Aufruf, der auf der Tagung der europäischen kommunistischen Parteien in Essen gefaßt worden ist, sofort in die Tat umzusetzen.

In Oberschlesien und Schlesien muß die Vorbereitung und die Wahl von Delegierten zum deutsch-polnischen Kongress verstärkt werden.

SPD. für Versailles!

Der Sozialdemokrat Sabersberg erklärte anlässlich des Ruhr-Einmarsches der französischen Truppen im Januar 1923: „Das Blut rinnt wieder durch die Adern wie 1914. Alles, was geschehen ist, es sei vergessen.“

Und der Reichstagsabgeordnete Schöpfkin von der SPD. sagte im Jahre 1927: „Die SPD. ist stolz darauf, am Aufbau der Reichswehr während beteiligt zu sein!“ — Und Fritz Ebert erklärte seinerzeit:

„Gemeinsam mit unseren französischen und belgischen Genossen fordern wir die Erfüllung des Versailler Vertrages, die Herstellung militärischer Gleichberechtigung.“

Im Kampfe der deutschen und französischen Kommunisten gegen Versailles heißt es aber:

„Es lebe die unverbrüchliche Solidarität der Werktätigen Frankreichs mit dem revolutionären Freiheitskampf des deutschen Proletariats gegen alle Interventionspläne des französischen Imperialismus! Es lebe die internationale Solidarität mit dem Lande des Sozialismus, mit der Sowjetunion, dem Volkwert des Friedens! Nieder mit Versailles, nieder mit dem imperialistischen Krieg!“

Hier werden die Fronten klar aufgezeigt: Bei der Sozialdemokratie schlimmster Chauvinismus, Eintreten für Versailles! Bei uns: Internationaler Kampf gegen jede Art der Unterdrückung, gegen die Tribulnsmacht!

Wir Kommunisten haben schon unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg während des letzten Weltkrieges verhindert, daß das internationale proletarische Banner eingestampft und niedergetrampelt wurde. Noch vor wenigen Tagen erklärte dagegen wieder der Parteiführer der deutschen Sozialdemokratie, Herr Weiskopf, in Potsdam: „Wir lassen uns an Vaterlandsliebe auch von den Leuten nicht übertreffen, die Vaterland und Patriotismus ständig auf der Zunge haben. Wir sind immer dabei, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen.“

Das ist gemeinster, schmutzigster Chauvinismus! Das ist die Frage von 1914. — Ich stelle aber zugleich die Frage:

Kann das ein Vaterland sein, wenn in Deutschland wenige Kapitalisten Millionen Arbeiter und Werktätige unterdrücken, knebeln und ausbeuten?

Kann das ein Vaterland sein, wenn Tausende von Technikern, Ingenieuren und anderen Intellektuellen arbeitslos mit der Millionenmasse der Proletarier auf der Straße liegen?

Nur Sozialdemokraten können gemeinsam mit den Faschisten dieses kapitalistische Land der Anechtschaft und Unterdrückung als ihr Vaterland bezeichnen. (Sehr richtig!)

(Auszug aus der Rede Thälmanns, gehalten im Berliner Sportpalast am 1. November 1932. Entnommen der Broschüre Paris-Berlin. Preis 20 Pfennig.)

Die RGO. ruft:

Mobilmachung gegen neuen Lohnraub!

Kämpft für die Zurückeroberung des geraubten Lohnes!

Kolleginnen und Kollegen der Textilindustrie!

Die Textilbarone sind überall dabei, durch Anschlag zu verhindern, daß der durch die Papen-Regierung geraubte Lohn bis Februar bestehen bleibt. Nehmt in allen Betrieben Stellung, entsendet Delegationen zu den Verwaltungen und fordert, daß die vor dem Lohnraub geltenden Löhne ab 1. Januar gezahlt bzw. nachgezahlt werden! Bei Ablehnung eurer Forderungen beschließt die Arbeitsniederlegung!

Kollegen Steinarbeiter!

Euer Lohnzettel ist am 31. Dezember abgelaufen. Eure Unternehmer verlangen 20 Prozent Lohnabbau. Eure Gewerkschaftsführer üben radikales Maulheldentum und verlangen Erhöhung der Löhne auf den Stand von 1928, ohne dabei den Finger zu rühren, die Steinarbeiter zum Kampfe zu mobilisieren. Im Gegenteil: Sie haben sich mit den Unternehmern geeinigt, daß sie sich einem „neutralen“ Schlichter von vornherein unterwerfen und den Schlichterbruch als verbindlich anerkennen.

Hinter eurem Rücken haben bereits Verhandlungen stattgefunden, die man ängstlich geheimhält. Seid auf der Hut! Nehmt im Vordere und in den Gewerkschaftsversammlungen sofort Stellung und beschließt, jeden Lohnraub mit Streik zu beantworten und den Kampf mit aller Entschiedenheit zu führen für die Zurückeroberung des geraubten Lohnes, für Übernahme der „Schmiedeschärfe“ durch die Unternehmer und für ausreichenden Tarifminderlohn als Garantielohn für alle Steinarbeiter. Verhindert die Einführung des Stumpfsystems und kämpft für den Sechsstundenarbeitstag (Wierzigstundensysteme) bei vollem Lohnausgleich!

Wählt in jedem Betrieb Lohnkommissionen, die eure Forderung vertreten und die Lohnstatistik übernehmen!

Forstarbeiterkollegen!

Euer Lohnzettel ist zum Teil am 1. Januar abgelaufen, zum Teil läuft er am 15. Januar ab. Kein Krähel, kein Handschlag mehr! Geflügelten Löhnen! Macht im Walde und auf den Dörfern Versammlungen, organisiert den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen die Junker und gegen die reaktionäre staatliche Forstverwaltung.

Arbeiter und Schiffer des Oberstroms!

Euch droht ebenfalls neuer Lohnraub! Wehrt euch! Macht Arbeitsrats- und Bordversammlungen! Kein Handschlag bei geraubten Löhnen!

Arbeiter der Kaltbrüche!

Auch euer Lohnzettel ist abgelaufen! Eure Ausbeuter nützen die Leiche Konjunktur aus, um eure kapitalistischen Hungerlöhne noch weiter zu kürzen. Die Führer des Arbeitervereinsverbandes beschreiten weiter den Weg des „kleineren Übels“, der Ruhe und Besonnenheit. Organisiert den geschlossenen Widerstand, den Streik für Lohn-erhöhung und Erfüllung eurer betrieblichen Forderungen. Verbindet euch mit den erwerbslosen Kollegen zum Kampf für ausreichende Unterstützung während der Feiertage durch die Gemeinden und Betriebsverwaltungen.

Landarbeiter und -arbeiterinnen!

Auch euch droht neuer Lohnraub! Euer Tarif läuft zum Februar ab. Schickt Delegationen zu den Gutsherrn und Inspektoren und verlangt schriftlich, daß kein Lohn abgebaut wird und daß eure Forderungen auf gerechte Entlohnung und ausreichendes Deputat erfüllt werden, oder die Junker müssen sich ihren Mist selber fahren, das Feld selbst bestellen und das Vieh selber hüten. Verdrückt euch mit den Kleinbauern und den armen Dorfbewohnern zum gemeinsamen Kampfe!

Wir rufen alle Arbeiter, gleich welcher Betriebe, in Stadt und Land, die Angestellten in den Büros und Kaufhäusern an:

Du der kleinen Pfennig Lohn- und Gehaltsraub mehr! Wer es mag, auch nur irgendwie einen Pfennig zu nehmen, dem schlägt unendlich auf die Foten. Fordert den geraubten Lohn zurück!

Verlaßt euch nicht auf die reformistischen, christlichen und nationalen Gewerkschaftsbürokraten. Verlaßt euch nicht auf die RGO. Macht Hitzes, der mit dem geschneitelten Herrenreiter Papen im Schilde des Bankdirektors Schroeder, des Chefs der Bankhäuser Stein und Lemm, Salomon und Oppenheimer, fußhandelt.

Gewerkschaftskollegen!

Wählt euch revolutionäre klassenbewusste Leitungen in den Faschisten- und Ortsverwaltungen. Macht Schluß mit der Hindenburg-Schleicher-Politik des „kleineren Übels“, des Stillhaltens und

Ausweichens! Bereitet die Betriebsrätewahlen gründlich vor unter der Losung: Die Betriebe müssen rote Hochburgen des Klassenkampfes sein!

Jungarbeiter! Gewerkschaftsjugend! Arbeitsdienstler!

Nehmt den Kampf auf gegen das System der faschistischen militaristischen Zwangsarbeit und Bettelstuppen. Ihr seid die Generation der Zukunft. Verlangt volle Rechte als freie Menschen, Lohn und Brot und Freiheit!

Ihr alle, Arbeiter, Angestellte, Jungarbeiter! Verlaßt euch nur auf eure eigene Kraft! Vereinigt euch mit allen Arbeitern und Klassenangehörigen zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind! Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die eure Interessen rückhaltlos unterstützt ohne Rücksicht auf die kapitalistische Kontrollwirtschaft, ohne Rücksicht auf den Staat der Reichen, und die eure Kämpfe organisiert und zu führen gewillt ist!

Vormwärts zu neuen Kämpfen und Siegen!

RGO. Bezirkskomitee Schlesien

Breslauer Metallarbeiter, rüstet zum Kampf!

Kollegen! Euer Tarifvertrag läuft zum 31. Januar ab. Das bedeutet, daß der Kampf um eure karglichen Hungerpfennige nun von der gesamten schlesischen Metallarbeitererschaft geführt werden muß. Trotzdem man mit Hilfe der freien Lohnsenkungsvereinbarung mit dem DMB. vorher in euren Buden zu einem scheinbaren Frieden kam, genügt den Metallunternehmern dieser mit dem Verband vereinbarte Lohnabbau noch nicht. Der Verband schlesischer Metallindustrieller ist nun dazu übergegangen, den Akkordbestimmungen des Tarifvertrages eine ganz andere Auslegung zu geben, um damit noch weitere 15 bis 20 Prozent von euren Löhnen abzuhauen. Dießem Abbau will man jetzt durch den Tarifablauf am 31. Januar noch weiter freieren. Der DMB. erklärt, daß er zum Abschluß eines einwandfreien Tarifvertrages kommen oder aber ganz auf den Abschluß eines Tarifvertrages verzichten wird.

Kollegen! Das bedeutet mehr als nur den Kampf um eure paar Pfennige Lohn zu führen, sondern es geht bei Abschluß der Tarifverträge überhaupt um die Grundrechte, welche sich die deutsche Arbeiterklasse in jahrzehntelangen Kämpfen schwer erringen mußte. Die Gewerkschaftsführer gehen neuerdings darauf aus, hervorzuheben, ohne einen entschiedenen Kampf auf den Abschluß von Tarifverträgen zu verzichten. Auch der Metallarbeiterverband verfolgt nach diesen Neuherungen die gleiche Taktik. Wir rufen euch zu: Es gilt, den Kampf in allen Betrieben auf der breitesten Grundlage zu führen gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für tariflich garantierte Mindestlöhne, für Wegfall aller Akkordverschlechterungen! Kollegen! Denkt an den vergangenen Lohnabbau und an die Rolle, welche die sogenannte „Inke“ Ortsverwaltung in Breslau und die Bezirksleitung des DMB. gespielt haben. Macht Schluß bei den Ortsverwaltungswahlen mit Ziegler und Konjonten! Wählt revolutionäre Arbeiter in die Ortsverwaltung!

Unruhen in der Armee Polens

Warschau, 6. Januar. In Strzemieszow im Kreis Dombrowa erschloß ein Polizist einen Arbeitslosen, der sich von den Kohlenhalben etwas Brennmaterial holen wollte. An dem Begräbnis des Erschlagenen nahmen 6000 bis 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen teil. Den Sarg trugen acht Soldaten, die auf Urlaub waren; sie demonstrierten zusammen mit den Arbeitern gegen den Pfaffen, der unter alten Frauen gesammeltes Geld genommen hatte, aber ohne das Kreuz am Begräbnis nicht teilnehmen wollte. Er wurde gezwungen, das Geld an die Mutter des Erschlagenen abzuliefern.

In Szobienice in Oberschlesien demonstrierten 20 auf Urlaub befindliche Soldaten vor dem Magistrat und forderten eine Urlaubsunterstützung.

Oppositioneller Wahlerfolg im Bahnbetriebswerk Dresden

Bei den Betriebsrätewahlen im Bahnbetriebswerk Dresden-Friedrichstadt entschieden auf die Liste der RGO. 63 Stimmen, auf die Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner ebenfalls 63 Stimmen. Die Nazis erhielten 29 Stimmen. Die Nazistimmen kommen zum

größten Teil aus den Reihen der ins Arbeiterverhältnis zurückverkehren ehemaligen Hilfsbeamten. Die Belegschaft des Betriebes Bornemann & Kuhlmann, Schönewald, beschloß einstimmig die Aufstellung folgender Kampforganisationen: Gegen jeden Pfennig Lohnraub, Wiedereinführung der Schmutzlohn- und zehnprozentige Lohnerhöhung. Gleichzeitig wurde beschlossen, nur solche Kollegen zur Betriebsratswahl aufzustellen, die sich verpflichten, für diese Kampforganisationen einzutreten. In diesem Sinne wurde dann auch eine Einheitsliste der gesamten Belegschaft, mit Ausnahme von fünf Nazis, beschlossen, die vorher die Verammlung vertieften.

RGO. macht mobil gegen imperialistischen Krieg

Bombenflüge, Artillerie und japanische Kriegsschiffe legen die chinesische Stadt Schanghai in Trümmer. Japanische Truppen haben die Grenzstadt Pragantichnaja an der Sowjetgrenze besetzt. Neue Kriegsprovokationen im Fernen Osten! Die japanischen Militärs treiben ihre Räubertruppen nach Sowjetrußland aus.

In Südamerika betreiben sich Paraguay und Bolivien; Peru und Columbia, gefolgt und geführt vom englischen und amerikanischen Imperialismus. Der Krieg ist ausgebrochen! Jederzeit kann das Feuer in China über in Lateinamerika zu einem Weltbrand angezündet werden. Jederzeit kann ein neues Weltgemisch seinen Anfang nehmen. Höchste Kriegsgefahr an allen Ecken und Enden!

Getreu der großen antimilitaristischen Traditionen, die Karl Liebknecht, der Führer der proletarischen Jugendbewegung, ihr unaußlöschlich eintrumpfte, getreu der Lehren Lenins,

ruft der kommunistische Jugendverband zum Alarm.

Mobilisiert die Jungarbeiter in den Ausbildungs- und kriegswichtigen Betrieben! Rüstet zum Streik! Wählt Antikriegskomitees der Jugend und bildet in allen Großbetrieben, in den Hafenstädten und an den Eisenbahnen Überwachungsaußenposten! Verweigert Kriegsproduktion! Solidarität! Demonstriert auf den Straßen der Städte Deutschlands! Organisiert Versammlungen, nehmt Massenproteste an die japanischen Volkshäuser an!

Der Feind steht im eigenen Land!

Verwirklicht die kämpfende Einheitsfront der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, unorganisierten und kampfbewilligten nationalsozialistischen Jungarbeiter mit den Jungkommunisten zum Kampf gegen Lohnabbau, für ihre eigenen Forderungen, gegen imperialistischen Krieg, Militarisierung der Jugend und Faschismus.

Verweigert den Transport von Waffen und Munition! Keine Betriebs-, Gewerkschafts-, Häuserblut- und gegnerische Versammlung, ohne daß ein Jungkommunist aufsteht und an den revolutionären Internationalismus appelliert.

Schlagt überall Alarm! Zentralkomitee des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

Ein roter Betriebsrat

ist unabhängig von Leipart und Schleicher Ein reformistischer Betriebsrat nicht. Das Programm Leiparts und Schleichers bedeutet euren Untergang. Deshalb keine reformistischen, sondern überall nur

rote Betriebsräte

„Fürsorge“-Skandal um die Eltern des ermordeten Jungarbeiters Hanisch

Breslau, 10. Januar 1933.

Die rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Schlesien, sendet durch einen roten Helfer den Hinterbliebenen ein Paket mit Lebensmitteln. Gemeinsam mit dem roten Helfer begab sich ein Vertreter des Bezirksvorstandes der R.D. zu den Eltern des Ermordeten. Ueber die gemeinen Methoden des Breslauer Fürsorgeamtes berichtet uns derselbe folgendes:

Lehndamm 11, dort war die Heimat des ermordeten Jungarbeiters. Das Haus gewährt in seinem schmahligen Raum einen düsteren Anblick. Im Haus, in tiefem Dunkel, müssen wir vier Treppen steigen. Die Eltern sitzen in der Küche. Eine typische Proletenwohnung.

Ja, unser Fritz, erzählt die Mutter, hat eine freudlose Jugend gehabt. 1914 geboren, blieb während des „glorreichen Krieges“ sein Vater auf dem „Feld der Ehre“ liegen. Und der zweite Vater ist nun auch schon seit fünf Jahren erwerbslos. Der Wirt drängt auf Miete, das „Fürsorge“amt hat jetzt erst für Monat November bezahlt. Seit einem Jahr ging nun unser ermordeter Sohn, nach dem er ausgearbeitet war, stempeln. Er war jetzt in die Wohlfahrt gekommen, sagt der Vater.

Über nicht genug, daß die Eltern ihren, trotz dem Elends, des Hungers liebgehabten Sohn verloren haben, werden sie durch das „Fürsorge“amt verhöhnt und mit Redensarten abgefunden.

Der Stiefvater des ermordeten Kollegen mußte, wie so viele der Millionen der Erwerbslosen, seinen letzten, halbwegs guten Anzug auf die „Leine“ tragen. Wie „wertvoll“ dieser Anzug war, beweist, daß zu seiner Auslösung 8 Mark reichten. Kollege Hanisch begab sich deshalb zu seiner zuständigen Blockstelle, um den Betrag von 8 Mark für die Auslösung des Anzuges, den er zur Beerdigung seines ermordeten Sohnes benötigte, als Beihilfe zu erlangen.

Der Skandal um das häßliche „Fürsorge“amt

Auf der zuständigen Blockstelle erklärte man, man habe eben kein Geld, um den Anzug für die Beerdigung auslösen zu können, und damit war die „Fürsorge“ des städtischen „Fürsorge“amtes erschöpft.

Erwerbslose, so treibt man es mit uns. Die Ermordung des Jungarbeiters Fritz Hanisch, die Behandlung seines Vaters Otto Hanisch, sind für uns eine Warnung. Schützen wir Erwerbslose uns durch Bildung von Selbstschutzstaffeln vor dem Mordmord der braunen Bluthunde. Führen wir den gemeinsamen Kampf, zur Rettung vor Hunger und Frost.

Das erste Todesopfer in diesem Jahr in Breslau. Wie lange

noch wollen wir tatenlos dem Wüten der Mordbanden zusehen? Wie lange noch, Erwerbslose, wollen wir uns durch die „Fürsorge“ verhöhnen lassen? Wie lange noch, Kollegen, wollen wir bei vollen Köpfen hängen? Wie lange noch? Nun, solange ihr gebildigt und still euch von den braunen Mordbänden abschlagen laßt, solange ihr in den kalten Boden friert und hungert, solange dauert dieses Elend. Deshalb, Erwerbslose, entfaltet den breiten Massenprotest gegen diese fälschlichen Methoden des Fürsorgeamtes.

Zeigt am Beerdigungstage durch eure Teilnahme an der Beerdigung des ermordeten Genossen, daß ihr nicht weiter zulassen werdet, daß dem Mordfaschismus weitere Opfer aus euren Reihen anheimfallen.

Verstärkt die antifaschistische Arbeiterfront!

Todesanzeige!

Den Folgen einer politischen Mordtat fiel am Donnerstag, dem 5. Januar, unser Sohn und Bruder

Fritz

zum Opfer.

In seinem blühenden Alter wurde er durch einen feigen Ueberfall der Nazi aus unseren Reihen entzissen.

Wir werden ihn nie vergessen!

Von uns und allen seinen Freunden und Bekannten stets geliebt und geachtet, mußte er so früh sein Leben lassen.

Wir richten deshalb an alle Arbeiter die ernste Mahnung: Laßt nicht zu, daß noch weitere Opfer durch die faschistischen Mörder aus euren Reihen gerissen werden.

In tiefstem Schmerz

Die trauernden Eltern u. Geschwister

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Januar 1933, 15 Uhr, von der Kapelle in Oswitz aus, statt.

Prolet verläßt aus Protest gegen den Mordterror die Mörderpartei

Witzschel bei Hundsfeld. Daß die letzten Mordtaten der SA-Garden selbst in den eigenen Reihen der NSDAP eine Empörung auslösen, davon liefert nachfolgender Vorfall den deutlichen Beweis.

Auf unserem Dominium ging der Melker Ernst Becker, der zwei Jahre in der NSDAP organisiert war, dazu über, seine ganzen Naziunterlagen zu verbrennen. Die Ursache zu diesem Vorgehen war folgende: Unsere Genossen, welche mit diesem Naziproleten über den bestialischen Ueberfall in Friedewalde (worüber wir vor einigen Tagen berichteten) und über die feige Ermordung des Jungarbeiters Hanisch diskutierten, mußten nun feststellen, daß dieser irreführende Naziprolet aus Erbitterung und Empörung über diese erneuten Schandtaten seine ganzen Naziunterlagen in den Ofen steckte.

Auf Befragen, warum er dieses tut, erklärte er, daß er von dieser Partei des Arbeitermordes die Nase voll habe.

„Ich werde mit euch kämpfen!“ erklärte er unseren Genossen.

Diese Erkenntnis eines irreführenden Naziproleten zeigt immer

mehr, daß die Ernüchterung in den Reihen der Naziartei weiter um sich greift.

Bereits in den letzten Tagen konnten wir wiederholt berichten, daß überall in Schlesien und auch im Reichsmaßstabe die Naziartei nicht nur vereinzelt, sondern massenweise die Partei des nationalen und sozialen Verrats fluchtartig verlassen. Diese Antwort, welche der Naziartei Becker den Mordhebern um Heines erteilte, ist die beste Quittung für diese Mörderpartei.

Auch können unsere Genossen aus diesem Vorfall ersehen, daß es noch viel irreführende und verheerende proletarische Elemente in den Reihen dieser Verräterpartei gibt, die zu gewinnen unsere Aufgabe sein muß. Nur dadurch, daß wir mit diesen proletarischen Elementen über den Verrat ihrer Führer diskutieren und ihnen die Rolle der nationalsozialistischen Kapitalisten aufzeigen, werden wir noch viele Proleten aus dieser Front reißen können und sie in die kämpfende Einheitsfront einreihen.

Die Auswirkungen des Rentenraubes bei den Eisenbahnern

Ein Hoffreier der Eisenbahnpensionäre — Gemeinsame Kampffront der Betriebsarbeiter und Rentenempfänger gegen den Rentenraub ist notwendig

In welcher brutalen Weise sich der Rentenraub bei den Eisenbahnern auswirkt, das tritt immer deutlicher zutage. Nicht genug, daß die Invalidenrente seit Juli 1932 um 6 Mark monatlich gekürzt wurde, machte sich auch noch eine Kürzung von 20 Prozent bei der Reichsbahn-Zusatzrente bemerkbar.

Ab 1. Januar wird die Zusatzrente aus der Reichsbahn-Arbeiterpensionskasse erneut um 10 Prozent gekürzt, so daß jetzt nur noch 70 Prozent dieser Rente gezahlt werden. Auch das Begräbniszgeld aus den Versicherungen ist um 30 Prozent gekürzt worden.

Wie sich nun diese Abbaumaßnahmen an den Rentenempfängern der Eisenbahn auswirken, darüber wird uns von einem davon betroffenen Rentenempfänger folgende Aufstellung übermittelt, die wir hier wiedergeben, um aufzuzeigen, wie brutal die Rentenquetsche auch bei den Eisenbahrentnern angepaßt wird.

Derselbe schreibt:

„Der satzungsgemäße Rentensatz betrug bei mir vor dem Abbau 56 Mark, nach dem neuen 30prozentigen Rentenraub aber wird sich dieser Satz auf 25,25 Mark belaufen, davon gehen an Wägungen für Sterbefälle 3 Mark und für Krankentage 3,08 Mark ab, so daß mir ein Rest von 19,17 Mark monatlich verbleibt.“

Wie verzweifelt die Stimmung in den Reihen dieser Rentenempfänger ist, das geht noch daraus hervor, daß auch in der Nr. 355 der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ ein gewisser P. N. im „Sprechsaal“ zu dieser Frage das Wort nimmt und dort die Frage aufwirft der Bildung einer Organisation gegen diesen brutalen Rentenraub. Obwohl dieser Rentner einseht, daß nur geschlossenes Vorgehen etwas erreichen kann, ist er aber in dem Glauben, daß es notwendig sei, durch eine neue Organisation diesem Rentenraub zusehe zu rücken. Dem müssen wir natürlich entgegenhalten, daß es nicht notwendig ist, durch neue Organisationen den Kampf aufzunehmen, sondern die

Organisation, welche seit Jahren einen entschlossenen Kampf gegen den Rentenraub führt, ist bereits vorhanden, das ist der „Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“, welcher an allen Fronten gegen den Rentenraub auftritt. Wir setzen uns aber verpflichtet, unsere Einstellung zum Kampf gegen den ungeheuren Rentenraub noch etwas ausführlicher zu behandeln, und so wollen wir den Rentenempfängern der Reichsbahn sowie den Eisenbahnern insgesamt aufzeigen, wie notwendig ihr gemeinsamer Kampf gegen alle Angriffe ihrer färglichen Erzieher ist.

Schon des öfteren haben wir bei Behandlung der Existenzbedingungen der Eisenbahner die Frage mit hervorgehoben, daß die Eisenbahner neben ihrem Kampf gegen Lohnraub, gegen die Schikanen und Entlassungen auch den Kampf organisieren müssen gegen die ungeheuren Verschlechterungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung. Wir haben deshalb sehr deutlich aufgezeigt, wie auf der einen Seite die Beiträge zu den Versicherungen erhöht und auf der anderen Seite die Leistungen immer mehr und mehr gekürzt werden. Deshalb ist der Kampf gegen den Rentenraub nicht nur ein Kampf der Rentenempfänger, sondern der gesamten Arbeiterchaft.

Die Arbeiter in den Betrieben, und in diesem Falle die Eisenbahner in ihren Werkstätten und Dienststellen, müssen sich in viel stärkerem Maße als bisher dieser Dinge annehmen, denn auch sie müssen damit rechnen, daß sie, sobald sie aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden und in das Heer der Rentenempfänger eingereiht werden, unter diesen Hungerrenten dahinsinken werden. Geschlossene Kampffront der Betriebsarbeiter und Rentenempfänger ist also dringend notwendig.

In den Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen müssen die Eisenbahnerkollegen zu diesem verhängnisvollen Kampf gegen die

Sozialversicherung Stellung nehmen und die Organisation des Kampfes gegen diesen brutalen Rentenraub beschließen. Die Rentenempfänger selbst müssen sich ebenfalls in geschlossener Front zusammenfinden und gemeinsam mit ihren noch im Betrieb stehenden Kollegen diesen Kampf organisieren. Deshalb ist es notwendig, daß auch die Renten- und Pensionempfänger zu Versammlungen zusammenkommen und in diesen Versammlungen sich aus den Reihen der Kollegen einen Kampfausschuß wählen, welcher die Aufgabe hat, den Kampf auf der breitesten Grundlage zu organisieren.

Der „Internationale Bund“ wird diesen Kampf gemeinsam mit den revolutionären Massenorganisationen mit allen Kräften unterstützen.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Um alle Kollegen im DMV!

Branchenversammlungen des DMV, Ortsverwaltung Breslau
Gürtler- und Gelbmetallarbeiter: Mittwoch, 11. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 15.

Gold- und Silberarbeiter: Mittwoch, 11. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.

Städtische Betriebe: Mittwoch, 11. Jan., Gewerkschaftshaus, Zimmer 5.
Chirurgie- und Orthopädie-Mechaniker: Donnerstag, den 12. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17.

Maschinenarbeiter, -arbeiterinnen und -hilfsarbeiter: Freitag, den 13. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.

Geizungsmonteur und Helfer: Sonnabend, 14. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.

Freie Esperanto-Bereinigung Breslau

Dienstag, 10. Januar, 20 Uhr, im Radioheim, Übungsabend.

Donnerstag, 12. Januar, 22,30 Uhr, Radiobortrag des Genossen Treutler.

Dienstag, 17. Januar, 20 Uhr, Jahresversammlung. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau

Dienstag, den 10. Januar: Beginn des Funktionärskurses im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 12. Januar: Generalversammlung der Jugendabteilung im Zwinger-Gymnasium.

Freitag, den 13. Januar: Generalversammlung der 3. Abteilung in Hundsfeld, Lokal „Zur Stadt Warschau“.

Sonnabend, den 14. Januar: Generalversammlung der 1. Abteilung bei Malb, Westendstraße 37.

Sonnabend, den 14. Januar: Generalversammlung der 5. Abteilung bei Manie, Hochstraße.

Beginn sämtlicher Versammlungen um 20 Uhr. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonie Groß-Breslau.

Achtung! Achtung!

Notstandsarbeiter, Pflicht- und Fürsorgearbeiter, Zwangsarbeiter und Arbeitsdienstpflichtige, auch diejenigen Kollegen, die mit dieser Verbindung stehen, erscheinen am Mittwoch 19 Uhr zu einer Sitzung im C.-Heim, Neue Weltgasse 33.

Interessenten für den Sprechchor des Studios des Linienartells der Geistesarbeiter und freien Berufe werden gebeten, sich am Mittwoch, dem 11. Januar, um 19,45 Uhr, auf der Junkernstraße 1/3, im Hauseingang, einzufinden. Es soll der Große Plan von J. R. Böcher einstudiert werden.

Kreis-Erwerbslosenkonferenz!

Alle Erwerbslosenausschüsse im Landkreis Breslau schicken ihre Vertreter zu der am Donnerstag, dem 12. Januar, 12,30 Uhr, stattfindenden Kreis-Konferenz. Diese Sitzung findet im Helme des Erwerbslosenausschusses, Neue Weltgasse Nr. 33, statt.

Die Verwirklichung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages

Ströbel. Ueber die Auswertung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages wird uns von der Ortsgruppe Ströbel folgendes berichtet: Am Mittwoch, dem 4. Januar, traten die Genossen der Partei und die Kollegen der R.D. zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung zusammen, wo über die vorhandenen Mängel und Schwächen diskutiert und Beschlüsse gefaßt wurden, die uns einen weitgehenden Schritt vorwärtsbringen sollen.

Folgender Plan wurde als nächstes Ziel aufgestellt:

Erhöhung der Leserschaft der „Arbeiter-Zeitung“ um 100 Prozent!

Verdoppelung des Mitgliederstandes, insbesondere die verstärkte Werbung von Betriebsarbeitern und gewerkschaftlich Organisierten.

Steigerung des Zeitungs- und Literaturumsatzes um 100 Prozent.

Werbung für die R.D., Steigerung der Mitgliederzahl der R.D. um 200 Prozent.

Die Kriegsflackel lodert der Osten brennt!

Diese Tatsache bestimmt unser revolutionäres Gedenken an die Erschlagung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg!

Heraus zur Massenkundgebung des KJVD. am Sonntag, dem 15. Januar 1933, vorm. 11 Uhr in der „Weltbühne“, Friedrich-Wilhelm-Str. Genosse August Sandner, MdL., spricht! Proletarische Künstler rezitieren!

Es läuft der russische Revolutions-Großfilm „Feuertank“. Sichere dir sofort deine Eintrittskarte! Preis 30 Pf. Erhältlich bei allen Funktionären des KJVD. und im Büro, Königstraße.

Verantwortlich für den politischen Teil, Probing und Lokales: Walter Guha; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Genrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Kreuzbühlstraße 50.

RUND UM DEN ERDBALL

Da werden Kapitäne zu Hyänen!

Wüst-Skandal um das „Atlantique“-Wrack — Die Seeräubermethoden der kapitalistischen Reedereien — Fünf verkohlte Leichen geborgen — Die Enthüllungen der „Humanité“

Die durch ihre Todesopfer ungeheuerliche „Atlantique“-Tragödie hat sich nach echt kapitalistischem Brauch jetzt zu einem Kriesenstand entwickelt. Kaum ist nämlich das noch glimmende Wrack inzwischen in den Hafen von Cherbourg als ein einziger Trümmerhaufen mit verbogenen Eisenträgern, mit verkohlten Einrichtungen und verkohlten Leichen eingeschleppt worden, da streifen sie sich mit wüster Gier um den Schiffsabwrack wie die Hyänen. Die Kapitäne, die als „edle Ketter“ ausgezogen waren, sind gleich bei den Bergungsarbeiten, noch angelehnt an die verkohlten Matrosenleichen, auf dem Dampfer wie Seeräuber sich in die Haare gefallen. Als Vertreter der verschiedenen kapitalistischen Schiffsgesellschaften saßen sie nämlich um den **Begeho**, der nach dem internationalen Recht dem zufällt, der zuerst die Leine fest hat und das Schiff glücklich birgt.

„Atlantique“ herabließen, auf das Wrack zu klettern, wurde der Schleppdampfer, vermutlich infolge des hohen Seeganges, gegen das Wrack gedrückt, so daß dem Offizier der linke Fuß zerquetscht wurde.

Dem Verunglückten mußte in Cherbourg der linke Unterschenkel bis zum Knie amputiert werden. Erst nach diesem schweren Unfall war die Meute der Schleppdampfer zur Verständigung bereit. Man brachte nun einträchtig das Wrack nach Cherbourg.

Ein Kommentar erübrigt sich wohl. Wer hätte von kapitalistischen Gesellschaften auch etwas anderes erwartet, als daß sie Räuber sind — zu Wasser wie zu Lande.

Inzwischen hat die „Humanité“, das Zentralorgan der französischen kommunistischen Partei, eingehend die Ursachen der „Atlantique“-Katastrophe untersucht und stellt zu dem bisher darüber Bekanntem anlagend fest, daß für die Wachen auf der

Fahrt von Bourdeaux nach Cherbourg nur je drei Mann an Bord gewesen seien. Von der 22stöpfigen Besatzung seien 45 Mann Kellner und sonstiges Dienstpersonal gewesen. 61 Mann hätten die verschiedenen Hilfsmaschinen, Radio, Licht usw. zu überwachen gehabt und 51 setzten sich aus Mechanikern und Heizern zusammen. Wenn man außerdem noch das Personal abziehe, das mit kleinen Nebenarbeiten beschäftigt sei, so blieben für die Wachen, die in drei Schichten eingeteilt waren je drei Mann übrig. Kein Wunder, daß bei dieser verbrecherischen Fahrlässigkeit der Schiffsgesellschaft das Feuer zur vernichtenden Feuersbrunst wurde!

Ausbeuter und Räuber sind sie — diese kapitalistischen Gesellschaften, Räuber und Ausbeuter, zu Wasser wie zu Lande!

Wieder Feuer auf französischem Schiff

Am Bord des französischen Ozeandampfers „France“, der im Hafen von Le Havre vor Anker liegt, brach in der Nacht zum Sonntag in einer der Luxuskabinen Feuer aus, daß mit außerordentlicher Geschwindigkeit sich auf das ganze Deck 1. Klasse ausdehnte. Die Löscharbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, und wurden in erster Linie, wie bei der Katastrophe der „Atlantique“, durch die starke Rauchentwicklung behindert. Nach zweifelhafte Bemühungen, bei denen die ganze Feuerwehr von Le Havre beteiligt war, gelang es schließlich, das Feuer zu löschen.

Wie es selbst schon bei der Rettungsarbeit zuzug, bei der, wie man weiß, weit über 20 Matrosen doch nicht gerettet wurden, zeigt das nachfolgende Zitat aus einer Pariser Zeitung:

„Der Kapitän Richard vom französischen Schlepper „Mino-taure“ konnte als erster das Sed der „Atlantique“ erklimmen und ließ durch einen Matrosen die französische Flagge hissen. Schon aber hatte auch der Holländer ein Tau an dem Wrack festmachen können.“

Schließlich erklärte das französische Kriegsschiff „Pollux“ als Schiedsrichter, daß die „Atlantique“ wieder französischer Besitz sei. Aber der Holländer wollte sich nicht so leichtem Kaufs zufrieden geben und rief den deutschen Schlepper „Simson“ zu Hilfe, der für die holländische Gesellschaft gechartert war.

Nun zerrten die französischen Schlepper die „Atlantique“ nach rückwärts, um die Trossen des Holländers zu zerreißen. Der Holländer dampfte hinterher und zerrte dabei die Trossen zweier Franzosen. Inzwischen hatte der deutsche Schlepper eine Rakete auf die „Atlantique“ geschossen und ein neues Tau befestigt.

Schließlich wurde das Schiff von sieben Tauen gehalten, vier gehörten den Franzosen, drei den Holländern. Das Wrack wurde von den Schleppern hin- und hergezerrt, so wie bei Wilhelm Busch die Hühner mit den angebundenen Brotkrumen verfahren. Dieses eigenartige Tauziehen der Ketter dauerte volle zwölf Stunden.

Endlich war der Kapitän der „Atlantique“ selbst an Bord eines Schleppers auf dem Kampfsplatz erschienen. Er übernahm, da das Wrack ja von dem Kommandeur des Kriegsschiffes wieder für französischen Besitz erklärt worden war, die Leitung der Rettungsarbeiten. Auf seinen Befehl verjagte das begleitende Kriegsschiff „der Rinkenleger „Pollux“, das Tau des deutschen Schleppers gewaltsam zu zerreißen. Aber die Deutschen verstanden es, teils knapp vor dem Bug des Franzosen das Tau ins Wasser zu lassen, so daß die Franzosen mit Vollampf darüber hinwegführten.

Es gelang auch nicht, einen französischen Matrosen an Bord des „Atlantique“ zu bringen, und schließlich mußte Kapitän Schoofs zähneknirschend die Hilfe der holländischen Konkurrenten in Anspruch nehmen. Als nun der Schiffsleutnant Ewen-Briand versuchte, an einem Tau, das die Holländer von Bord der „Atlan-

Wespfälischer als berühmter Professor und Berliner Bourgeoisöhne als Straßenräuber

In der amerikanischen Harvard-Universität in Cambridge wurde vor einigen Tagen der dortige ehrenwerte Professor der Nationalökonomie, Dr. Isaac Lewin, der unter dem Namen Norman seit mehr als einem Jahr überfüllte Vorlesungen und einen guten Ruf hatte, verhaftet.

Und zwar ist Lewin jener Berliner Sanitätsdirektor von G. Löwenberg u. Co., der nach Wechselbetrügereien in Höhe von fünf Millionen Mark zusammen mit seinem damaligen Mitarbeiter Rappaport 1929 flüchtete. Zuerst nach Paris, dann nach Polen. Dann nach Rio de Janeiro. Dann nach Buenos Aires.

Mit gefälschten Papieren wurde er schließlich einer der berühmtesten amerikanischen Professoren, er soll jetzt nach Deutschland ausgeliefert werden.

In Stuttgart sind vier junge Berliner aus „angesehenen“ Kreisen, die in den Weihnachtstagen auf einen Berliner Gardeobepächter einen schweren Raubüberfall verübt hatten, festgenommen worden. Es handelt sich um zwei Söhne reichlicher Familien und um zwei Tanzmädchen. Wegen Begünstigung der Gentleman-Verbrecher wurde in Berlin außerdem der Sohn eines Großdruckereibesitzers verhaftet.

Raubüberfall auf Kassenboten

Berlin: Am Montag mittag führten zwei junge Burjchen einen außerordentlich verwegenen Raubüberfall durch. Im Alexanderhof, einem großen Industriegrundstück, zwischen Alexanderstraße und Wallner-Theater-Straße, unmittelbar am Alexanderplatz, schossen sie den Kassenboten einer Tabakwarenfirma nieder, der für sein Geschäft 4000 Mark zu der über drei Häuser weiter entfernten Bankfiliale bringen sollte.

Gefängnisaufruhr in Kanada

Wie aus Truro in Neuschottland gemeldet wird, haben am Sonntag 500 Insassen des Gefängnisses in Dorchester einen Aufruhr unternommen, bei dessen Unterdrückung durch kanadische britische Polizei ein Gefangener getötet wurde. Mehreren Gefangenen gelang es, zu entkommen. Unzufriedenheit mit der Verpflegung und den Arbeitsbedingungen ist die Ursache des Aufruhrs. Die Gefängnisinsassen haben, ehe sie überwältigt werden konnten, alle Einrichtungsgegenstände des Gefängnisses kurz und klein geschlagen.

Mit Bomben unterwegs nach Tibet

Ueber den Himalaya hinweg surren die englischen Bombenflugzeuge nach Tibet, dem britischen Vasallenstaat. Tibet ist eine geeignete Operationsbasis gegen China ...



„Sie haben uns sogar die Brunnen zugeschüttet!“

Ein Schanddokument sozialdemokratischer Gemeindepolitik in der Provinz

Aus der Gemeinde Bilzingsleben im Regierungsbezirk Merseburg erhalten wir folgende erschütternde Zuschrift — ein wahres Dokument: „Da man uns das Rechte zum Leben nimmt, wenden wir uns an die kommunistische Partei

In unserer Gemeinde Bilzingsleben, Kreis Eudartsberge, wurde vor drei Jahren eine Wasserleitung gebaut. Die Mittel wurden zu 50 Prozent aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, zu 30 Prozent von der Feuerzsjietät, der andere Teil vom Kreis gegeben. Nach Fertigstellung wurden dann alle Brunnen, welche gutes Trinkwasser geben, zugemauert, alle Einwohner wurden gezwungen, die Wasserleitung zu nehmen. Es war für jeden eine große Ausgabe, denn der Bau war für die Privatleute teuer. Als nun die Kosten für den Wasserzins verteilt wurden, kam auf die Person pro Tag 1 Pfennig, auf ein Pferd 1 Pfennig.

Nun kam es, daß ein großer Landwirt mit 100 Morgen Land, der keine Acker verpachtet, mit drei Personen für den Monat 90 Pfennig bezahlt, aber der Arbeiter, der kein Land, aber viele Kinder hat, im ganzen acht Personen, in 30 Tagen 2,40 Mark bezahlen muß. Das Wassergeld wird also sehr ungerecht verteilt, da die Arbeiter und kleinen Bauern nicht mehr in der Lage sind, das Wassergeld zu bezahlen.

Nun hat die Gemeindevertretung, bestehend aus 4 SPD. und 4 Bürgerlichen — ein Vertreter ist schon seit zwei Jahren den Sitzungen ferngeblieben, beschlossen, daß jedem das Wasser gesipert wird, der das Wassergeld nicht bezahlt. Er muß dann

Wasser für sich mittags 12 Uhr vor dem Gemeindegasthaus holen.

Wir Wohlfahrtsempfänger haben keine Eimer, durch die Wasserleitung brauchen wir keine mehr. Nun können wir keine Eimer kaufen, wo sollen wir das Geld hernehmen? Ich, der Schreiber dieser Zeilen, bin 36 Jahre alt, verheiratet, habe 5 Kinder, also sind wir 7 Personen. Ich bekomme eine wöchentliche Unterstützung von 8 Mark Wohlfahrt, die Hälfte sind Scheine, Notgeld.

Da nun keine Möglichkeit mehr vorhanden ist, Wasser aus dem Brunnen zu nehmen und aus der Wasserleitung bekommen wir keins. Weil wir kein Geld haben, so müssen wir das Wasser aus dem Keller nehmen. Das Wasser steht im Keller jahrelang, es ist stinkig und auch ungesund, es können schwere Krankheiten dadurch verursacht werden. Es bleibt uns nur übrig, das Stidwasser aus dem Keller zu nehmen oder zu verdursten.

Es sind im ganzen 26 Häuser ohne Wasser. In unserem Ort Bilzingsleben ist die Not ohnehin sehr groß.

Von 1300 Einwohnern haben nur noch 25 Arbeit, alle anderen sind arbeitslos, zum großen Teil ohne Unterstützung.

Die Gemeinde ist dabei noch eine der reichsten Gemeinden; sie hat keine Schulden, doch müssen alle Aru-Empfänger in der Woche einen Tag für umsonst im Steinbruch arbeiten.

Die Gemeindeführungen sind beim Ortsvorsteher, es weiß kein Mensch, was da los ist — die finst:z Reaktion.“ D. G.

Spiegel der Ereignisse

Paris. Im zweiten Stock eines Familienhauses waren die Freunde und Verwandten eines am Sonnabendabend Verstorbenen versammelt, um bei der Eintragung des Toten zugegen zu sein. Plötzlich gab der Fußboden unter dem Gewicht der anwesenden 20 Personen nach und stürzte ein.

Die Feuerwehr zog zwei ältere Frauen aus den Trümmern, die bereits tot waren. 15 andere haben zum Teil schwere Verletzungen erlitten.

Der englische Fischdampfer „Cadox“ ist in der Nordsee nach einem Zusammenstoß mit einem unbekanntem Schiff gesunken. Man befürchtet, daß die gesamte Besatzung von 12 Mann ums Leben gekommen ist.

Der griechische Dampfer „Sitatis“, der am Sonnabend SOS-Rufe ausgesandt hatte, ist in der Nähe von Kap Finisterre gesunken. Die 25stöpfige Besatzung wurde von dem dänischen Dampfer „Virginia“ übernommen und später auf den deutschen Dampfer „Mag Bejrændt“ gebracht.

Im Postwagen schwer verletzt

Auf dem Bahnhof Engers fuhr eine Lokomotive beim Rangieren auf einen freistehenden Postwagen auf. Bei dem starken Anprall wurde der im Wagen befindliche Postassistent gegen die gegenüberliegende Wand des Wagens geschleudert. Er erlitt schwere innere und äußere Verletzungen.

In Bolo an der Küste von Thessalien haben fortgesetzte Erdstöße eine große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen.

Der Ort Crawlinkel bei Ochruf wurde in der Nacht zum Montag von einer großen Feuersbrunst heimgesucht, die in dem Anwesen eines Landwirts ausbrach und mit rasender Schnelligkeit auf ein ganzes Häuserviertel übergriff. Den aus den Nachbarnorten herbeigeleiteten Feuerwehren gelang es nach mehrstündiger Tätigkeit, des Elements Herr zu werden. Ein Wohnhaus und sechs Scheunen mit allen Vorräten wurden vollständig eingeeßert, die umliegenden Wohngebäude sind durch Feuer oder Wassermassen schwer beschädigt und in den oberen Stockwerken nicht mehr bewohnbar. Der Schaden ist bisher nicht zu übersehen.

Waldenburg

Wieder Kumpelmord auf Glüd-Hilf!

Waldenburg. Der 27 Jahre alte Lehrhauer Alfred Gärner aus Rothbach, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, wurde bei einem Stollenzusammenbruch in der Glüd-Hilf-Grube in Nieder-Hermisdorf von einer Eisenbahnschiene getroffen, so daß er schwere innere Verletzungen erlitt, die seinen Tod herbeiführten.

Durch Verschulden unter Tage erlitt der im gleichen Betriebe beschäftigte 35jährige Bergbauer Arthur Weisler aus Felscham eine schwere Schädelverletzung mit Gehirnerkrankung. Er wurde in bewußtlosem Zustand in das Krankenhaus Lazarett überführt.

Wir erinnern daran, daß allein im Monat November auf der Glüd-Hilf-Grube fünf Kumpels dem Grubentod zum Opfer gefallen sind. Es vergeht keine Woche ohne einige schwere Unglücksfälle. Das ist die Folge der unerhörten Leistungssteigerung, die überall bei gleichzeitigen Sinken der Löhne eingetreten ist. Jeder Todesfall im Schacht ist ein Kumpelmord im Interesse des Profits der Grubenbarone und muß die größte Entrüstung aller Kameraden hervorrufen.

Kameraden der Glüd-Hilf-Grube, antwortet auf den neuen Kumpelmord mit der Einheitsaktion gegen das Antriebsystem und jede weitere Leistungssteigerung, gegen jede Ueberstundenschulterei, für die Siebenhundertachtzig bei vollem Lohnausgleich, für besseres Gehalt und höhere Löhne, gegen jeden weiteren Abbau der sozialen Leistungen, für die Wiederherstellung der alten knappschaftlichen Rechte. Im Zeichen dieser Einheitsaktion rüftet in jeder Abteilung zu den Betriebsrätewahlen! Verlangt Berichte von euren Betriebsräten. Wählt euch einen Wahlschutz und sorgt, daß nur revolutionäre Kollegen als Betriebsräte gewählt werden!

Entlassungen bei Meyer-Kaufmann, Wüstegiersdorf

Arbeiterin verdient 45 Pfennig den Tag — Drei Wochen Arbeit nur für das Mittagessen — Untreue und Schikanen an der Tagesordnung — Textilproleten, sorgt für die Wahl revolutionärer Kollegen als Betriebsräte

Wüstegiersdorf. In der letzten Dezemberwoche wurden 20 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Weberei Tannhausen entlassen. Mit der Entlassung wurden ausschließlich Textilproleten bedacht, die sich am letzten Textilarbeiterstreik aktiv beteiligten.

Zwanzig Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Spulerei kommen diese Woche zur Entlassung.

Auf Grund der Papenschen Geschenke an die Unternehmer, vierhundert Mark für jeden neuangestellten Arbeiter, stellte auch Meyer Kaufmann Arbeiter ein. Jetzt werden vierzig Textilproleten wieder aufs Straßenpflaster geworfen. Die Firma verdient an den Neueingestellten doppelt. Während den ersten drei Wochen, die als Probezeit gelten, gab die Firma nur das Mittagessen und die Gemeinde zahlte die Wohnfahrtsunterstützung weiter. Also bezahlte die Gemeinde noch die Arbeit, die von den Neueingestellten geleistet wurde.

Wir haben schon bei Veröffentlichung der Papen-Berordnung klar und deutlich den Arbeitern gesagt, daß Neueinstellungen nur erfolgen werden, um den ungeheuren Profitwucher der Unternehmer zu stillen. Heute schon sehen die Arbeiter, daß die Kommunisten Recht hatten. Die Entlassungen bei Krister in Waldenburg, bei Thiesch in Altmasser und bei Meyer Kaufmann, Wüstegiersdorf, zeigen das deutlich.

Inzwischen werden die im Betrieb zurückbleibenden weiter ausgebeutet und drangaliert. Besondere Antreiber in der Spulerei sind die Musfeler Junge und Laupis, mit denen wir uns an dieser Stelle nicht das erste Mal beschäftigen. Junge ließ eine Arbeiterin bei größter Schusterei 45 Pfennig den Tag verdienen. Laupis ließ eine Akkordarbeiterin drei Stunden lang stehen mit der Erklärung: „Für Sie habe ich keine Arbeit.“ Nach dreifündigen Warten ging die Arbeiterin nach Hause. Als sie am anderen Tage an die Arbeitsstelle kam, erhielt sie die Kündigung. Dieser saubere Herr schädigt die Arbeiterinnen noch dadurch, daß er einfach fünf bis zehn Kapfen wegnimmt, ohne die Kolleginnen dafür zu entschädigen.

Textilproleten, duldet nicht länger die maßlose Untreue, wehrt euch gegen alle Schikanen der Musfeler und höheren Beamten. Schließt euch der AGD an, die bewiesen hat, daß sie gewillt ist, euren Kampf ums Dasein zu unterstützen.

Wählt euch als Betriebsräte revolutionäre Kollegen und Kolleginnen und gebt damit den reformistischen Betriebsräten, die euren Kampf gegen Lohnraub verräterisch abwürgten, die wohlverdiente Quittung!

In Jannowitz alle Erwerbslosenforderungen bewilligt

Jannowitz i. Hg. Die letzte Gemeindevorstandssitzung fand am 28. Dezember 1932 statt. Am Anfang der Sitzung kamen die Anträge der Erwerbslosen, die Winterhilfe forderten, zur Beratung. Diese Sitzung, welche unter starkem Andrang der Erwerbslosen stattfand, hat wieder einmal gezeigt, daß durch den Massendruck der Erwerbslosen die Forderungen restlos bewilligt werden können. Auf Seiten der bürgerlichen Fraktion erzeugte der Andrang Erwerbsloser lange Geflüster, die einzelnen bürgerlichen (Nazi) Vertreter, welche sonst derartigen Anträgen ablehnend gegenüberstanden, trichteten nur so vor Mitleid mit den Erwerbslosen. Es fand sich daher auch keine einzige Stimme gegen die Anträge, und so wurden dieselben einstimmig angenommen. Als nächster und letzter Punkt der Tagesordnung stand die Neuwahl des Gemeindevorstehers, und zwar waren hierfür drei Kandidaten vorgeschlagen, zwei von der bürgerlichen und ein Kandidat der SPD. (genannt Kopinider) Fraktion. Ehe man nun zur eigentlichen Wahl schritt, gab es für die Zuschauer noch ein ergötzliches Schauspiel, und zwar wurde der eine Kandidat der Bürgerlichen, Herr Lohar Beer, welcher Eisenbahnmeister ist, und sich auf Kosten seiner beschäftigten Arbeiter mähet, von seinen eigenen Pgs. als Vugner und Maulheld entlarvt. In den gegenseitigen Schmeicheleien kam zum Ausdruck, daß Herr Beer, sich in dem Fall (Vaugedäch) Weise Verdienste anmaßte, welche jedoch einem anderen Herrn (Kopinider) zuteilen. Die folgende Wahl ergab im ersten Wahlgang 2 Stimmen für den bürgerlichen Kandidaten Mahn, 3 Stimmen für Bürgerlichen Beer und 4 Stimmen für den SPD-Kandidaten Krause, die Stichwahl ergab nun ein überraschendes Ergebnis. Der Kandidat der Bürgerlichen, Herr Beer, 5 Stimmen gegen 4 Stimmen der SPD, und wurde somit als Gemeindeoberhaupt gewählt. Hier zeigte sich nun der Kuhhandel, welcher bei den Bürgerlichen getrieben worden ist. Die gegenseitigen Angriffe der Bürger-

DMV.-Menzel im Dienst des Kapitalismus

Die Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre und des Geschäftsführer Menzel im DMV. Waldenburg — Kollegen, am 13. Januar entscheidet euch für die Opposition!

Waldenburg. Angesichts der am 13. Januar stattfindenden Generalversammlung des DMV. Waldenburg, wollen wir kurz auf den Verlauf der Anfang Dezember stattgefundenen Betriebsräte- und Vertrauensmännerung eingehen. In dieser Sitzung gab Geschäftsführer Menzel Bericht über den Papenschen Lohnraub, an den Kollegen aus der Wilhelmshütte, welcher nach Verhandlungen des Arbeiterrates mit dem Einverständnis Menzels 3 Prozent betrug. Hier hatte es der Arbeiterrat und Geschäftsführer Menzel nicht für notwendig erachtet, in der darauffolgenden Betriebsräteversammlung die Kollegen zum Widerstand gegen den erneuten Lohnraub aufzufordern. Im Gegenteil! Es wurde gesagt, daß die Firma dazu berechtigt ist und Streikunterstützung nicht gewährt wird. Kollege Zielenzil von der Opposition, prangerte in der betreffenden Sitzung das Verhalten des Arbeiterrates und Menzels scharf an und forderte die Kollegen auf, in Zukunft sich aus den Reihen der Belegschaften Lohnkommissionen und Streikleitungen zu schaffen und den Kampf gegen jede Verschlechterung aufzunehmen. Weiter wurde in der betreffenden Sitzung von der Ortsverwaltung erörtert, daß Weisnachten an die ausgebeuteten Kollegen kein Weihnachtsgeld gezahlt werden kann, weil die Mittel dazu in der Lokalkasse nicht vorhanden sind. Kollege Zielenzil griff auch hier wieder ein und erklärte: „Wenn die Ortsverwaltung schon nicht in der Lage ist, das übliche Weihnachtsgeld zu zahlen, so soll sie doch wenigstens den Erwerbslosen in ihrem Kampfe für Winterhilfe beistehen und sich mit dafür einsetzen, daß die von den Erwerbslosen gestellten Winterhilfsforderungen von den Kommunen und der Stadt Waldenburg erfüllt werden.“ Kollege Zielenzil reichte zu diesem Zweck folgende Entschlie-

Entschlieung.
„Die heutige Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute des DMV. Waldenburg nimmt Stellung zu der Not der Erwerbslosen und stellt einen geradezu aufreizenden Widerspruch zwischen dem Hunger der verletzten Massen und dem gewaltig anwachsenden Nahrungsmittelüberschuß in Deutschland fest. An dem was die Erwerbslosen am dringendsten brauchen, Brot, Kartoffeln und Kohlen, ist der Ueberschuß geradezu überwältigend.“

Die Konferenz beschließt deshalb, die gesamte Kraft der Organisation mit einzusetzen, für Deckung der Speicher und Halben für die Erwerbslosen, und fordert von der Stadtverordnetenversammlung für die Erfüllung der Forderungen der Erwerbslosen, eingeleitet durch die kommunistische Stadtverordnetenfraktion, Sorge zu tragen.“

Hier zeigte sich wieder mal das wahre Gesicht der Ortsverwaltung. Obwohl über 700 Erwerbslose in unserer Zahlstelle des DMV. gezählt wurden, wagt ein Betriebsrat zu sagen: „Das geht uns doch nichts an, das ist Sache der Gemeinden.“ Kollege Zielenzil, Gemeindevorsteher, spricht: „Woher die Mittel nehmen?“ Die gesamte Ortsverwaltung hält sich in eisiges Schweigen, (wie überhaupt bei jeder Versammlung). Geschäftsführer Menzel erklärte: „Abstimmung kommt gar nicht in Frage, weil in der Entschlieung zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird.“ Befagte Entschlieung kam dann auch tatsächlich nicht zur Abstimmung. So sieht also die Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre in nur einem Punkte aus. Derartige Taten und noch schlimmere, könnte man hier noch viele wiedergeben. Auf eines sei noch hingewiesen: In der am 21. August 1932 stattgefundenen Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung erklärte Geschäftsführer Menzel im Verlauf einer Diskussion über Sowjetrußland wörtlich:

„Ich stelle meine Kraft auch einem kapitalistischen Staate zur Verfügung.“

Kollegen! Ihr habt es am 13. Januar in der Hand, ob ihr weiter einen Geschäftsführer behalten wollt, der seine Kraft, wie die Leipziger usw., dem kapitalistischen Staate zur Verfügung stellt, ob ihr noch weiter eine Ortsverwaltung behalten wollt, die mit Menzel durch die Hand geht! Die sich in jeder Versammlung in eisiges Schweigen hüllt und wenn sie den Mund aufst, dann gegen die Opposition wettert! Ob ihr weiter Betriebsräte behalten wollt, die euch eurem Schicksal überlassen! Denkt auch bei den Betriebsrätewahlen daran!

Nein Kollegen! Wir wissen es, daß ihr das nicht wollt! Ihr wollt eben so wie kommunistische Kollegen, den Klassenkampf gegen die Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit, auch ihr wollt die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Kämpft deshalb mit uns in roter Einheitsfront, um die Gewerkschaften zu wirklichen Klassenkampforganisationen umzugestalten!

Kommt alle am 13. Januar in die Generalversammlung! Entscheidet euch für die Anträge und Kandidaten der Opposition!

Schömberger Erwerbslose erkämpfen Sonderbeihilfe

Schömberg OÖ. Am 28. Oktober 1932 wurde eine Erwerbslosenversammlung einberufen, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. In derselben wurde ein Erwerbslosenausschuß von 6 Mann gewählt, in dem alle Parteirichtungen und Parteiloze vertreten sind. Der Erwerbslosenausschuß reichte die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen in einem Antrag der nächsten Stadtverordnetenversammlung ein. Die Forderungen lauten:

1. Sofortige Abschaffung der Pflichtarbeit.
2. Unentgeltliche Lieferung von Kohlen, Verheiratete 2 Zentner, Ledige 1 Zentner pro Monat.
3. Kostenlose Lieferung von Kartoffeln, 3 Zentner für Verheiratete mit Kinder, 2 Zentner für Verheiratete ohne Kinder, 1 Zentner für Ledige.
4. Ausgabe von Milch je Kind ½ Liter pro Tag zum halben Tagespreis.
5. Eine einmalige Winterbeihilfe: Verheiratete 20 Mark, Ledige 10 Mark, für jedes Kind 5 Mark mehr.

Ferner wurden Sonderbeihilfen für alle Erwerbslosen gefordert, Zwangsmassnahmen, wie Pfändungen, Räumungsklagen, Ermittlungen usw. zu unterlassen. Jedem Stadtverordneten wurde vor der Stadtverordnetenversammlung eine Abschrift dieses Antrages zugestellt. Als der Antrag zur Debatte kam, erklärte der Bürgermeister ironisch, daß hier nicht verhandelt und Beschluß gefaßt werden könne, da nicht gleichzeitig eine Deckungsvorlage laut bestehender Verordnung eingebracht ist. Obwohl dieser saubere Mann immer vorgibt, für die Vermissten der Armen einzutreten, erklärte er unserem Vertreter, Stadtverordneten Pfeiffer: „Er habe kein Geld, und ihn (Pfeiffer) frage er, ob er das hierzu nötige Geld gleich mitgebracht habe.“ Dieses Verhalten übersteigt den Gipfel der Demagogie. Der Antrag war nun bis zur nächsten Sitzung abgewürgt. Am nun doch etwas zu erreichen, brachte der Erwerbslosenausschuß den Antrag zur nächsten Sitzung erneut ein. Der Antrag war diesmal vorchriftsmäßig von vier Stadtverordneten unterzeichnet. Der Bürgermeister verlangte nun von unserem Vertreter (Pfeiffer) die Begründung dieses Antrages, was auch erfolgte. Pfeiffer erklärte: „Wenn die Erwerbslosen Geld zur Genüge hätten, um es dem Bürgermeister als Deckung vor die Füße zu legen, dann bräuchten sie keinerlei Forderungen und Anträge zu stellen, um hierfür vom Bürgermeister als einziger Trost und Hilfe herzerweichende Mitleidsgeföhle und Liebesbeteuerungen entgegenzunehmen.“ Hierauf stammelte die SPD-Göthe Heine: „Ich möchte doch bitten, daß ein Betrag von 600 Mark zur Verfügung gestellt wird. Vielleicht ließe sich noch etwas hier oder da übrigmachen.“ Es ist ein wahrer Jammer, wenn die SPD-Führer um die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen noch Bittgäuche einbringen. Sie scheinen nicht zu wissen, daß man im kapitalistischen Staate mit Bitten nur laube Ohren und geschlossene Taschen findet. Derartige Vertreter, die nicht selbst und zielbewußt auftreten können, sind keine Vertreter der Arbeiter und Werktätigen.

Auf Anregung des Stadtverordneten-Vorsitzers wurde man sich schließlich darüber einig, für jeden Haushalt 3 Mark, je Kind 1 Mark, zu zahlen, und die von Heinezel erbiteten 600 Mark im Bedarfsfalle nach oben anzudehnen. Das ist ein Erfolg der kämpfenden Erwerbslosen! Bei der Auszahlung der erkämpften Beihilfe mußten die Erwerbslosen, sowie der Erwerbslosenausschuß die betrübliche Feststellung machen, daß die Ledigen leer ausgehen mußten. Wie wir nun später erfahren, stellte es sich heraus, daß die von Heinezel (SPD.) erbiteten 600 Mark vom Magistrat nicht überreichten wurden und esab die Ledigen von der Liste gestrichen wurden. Nun ihr Jungerwerbslosen, zieht daraus die Lehren und prüft, wer sich für euch noch einzieht. Ein Teil der Jungerwerbslosen wird noch vom Reichsbannerführer Gustav Kaiser (mit dem wir uns noch in einem besonderen Artikel befassen werden) dahin beeinflusst, daß sich die Jungerwerbslosen nicht an den Erwerbslosenausschuß halten sollen. Wollt ihr, daß ihr bei allen Sachen ausgeachtet werdet? Wir glauben das nicht! Deshalb erscheint restlos

Erwerbslose von Mairwaldau, Zwangsarbeit droht!

Mairwaldau. Im dem Hause Oberdorf Nr. 50, das der Stadt Hirschberg gehörte, wohnt bis vor einigen Monaten das hochbelagte Arbeiterpaar Günzel. 40 Jahre ihres Lebens verbrachten sie in diesem Hause. Nach dem Tode des alten Günzel sollte nun das Haus abgebrochen werden, da es dem Einstürzen nahe war. Der Sohn des Günzel wollte das Haus zum Abbruch für 60 Mark kaufen. Der städtische Förster Bröll kam dem aber zuvor und verkaufte das Haus stichweilig dem Landwirt W. Döpi für 25 Mark. Döpi ließ sämtliches Holz abbrechen und die Steinmauern stehen. Jetzt geht das Gerücht im Dorf herum, daß dem Döpi der Abbruch der Steinmauern zu kostspielig wird. Aus diesem Grund will er die Arbeit den Erwerbslosen als Pflichtarbeit durch die Gemeinde überlassen. Er will die Steine der Mauern der Gemeinde Mairwaldau für Straßenbauten überlassen.

Erwerbslose von Mairwaldau, jetzt wird man euch zwingen wollen, die Arbeiten ohne Entlohnung durchzuführen. Seht das ab und fordert unter allen Umständen tarifliche Entlohnung!

Zur „Wohlfahrt“ auch noch Zwangsarbeit

Höhrlach i. Hg. Auch in der hiesigen Gemeinde gibt es eine Anzahl Menschen, denen es genau so geht wie Millionen in Deutschland. Sie müssen unter den elendesten, ärmlichsten, wirtschaftlichen Verhältnissen dahingeföhren. Die Gemeindebehörde erinnert sich dieser Menschen nur, wenn es heißt, für die miserablen Unterstützungen Pflichtarbeit zu leisten. Es sind hier 7 Prüfen- und fünf Wohlfahrtsempfänger. Die 7 Prüfenempfänger arbeiten pro Person zwei Tage in der Woche, wofür die Gemeinde ungefähr 14 Mark ausgibt. In diesen 2 Tagen werden aber reichlich 8 Meter Steine herausgearbeitet, die einen Wert von zirka 32 Mark haben. Weshalb verdient die Gemeinde an den 7 Mann wöchentlich 18 Mark. Die Wohlfahrtsempfänger müssen aber nur für die Unterstützung arbeiten, dazu gibt die Gemeinde 30 Prozent. Vor Weihnachten wurde soviel von Winterhilfe gesprochen. Alles froste vor christlicher Nächstenliebe. Das alles hat sich nur als Beruhigungssprache erwiesen. Dem hiesigen Gemeindevorstand mag das Wort „Winterhilfe“ ein Fremdwort sein, denn zum „Fest der Liebe“ hatte er überhaupt nicht an die Ärmsten der Armen gedacht.

Einwohner von Höhrlach aufgewacht und den Kampf aufgenommen gegen das fluchwürdige kapitalistische System und seine Latzen, gegen alle Trabanten und System-Parteien von SPD. bis Nazis! Erwerbslose, wählt euch einen Erwerbslosenausschuß, welcher eure Interessen vertritt und erkämpft euch eine ausreichende Winterhilfe! Nur durch Kampf werdet ihr euch eine bessere Zukunft schaffen! Macht es den Jannowitzer Erwerbslosen nach, auch da wurden alle Parteien gezwungen, durch ungeheuren Massendruck die Forderungen zu bewilligen!

A Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Breslau u. Umgebung

Zentrum

Albert Gutsche, Reuschestr. 32-33
bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfs - Artikeln

Schuh Vogel

Friedrich-Wilhelm-Straße 66
Scheitniger Straße 12, Ecke Adalbertstraße

Adler, Phönix und Dürkopp
Nähmaschinen für Hausgebrauch, Heimarbeit u. Gewerbe

Stoff-Schuffan

Herren- und Damenstoffe
bekannt billig, reell

Lebensmittelhaus
Alfred Koller

Möbel jeder Art
Gebr. Pille

Leder nur von
A. M. Remak

Damenmützel, Mädchenmützel
Kleider, Blusen

Achtung!
Käufer und Wiederverkäufer



Nord

P. Pohlz
Schokoladen - Kakao
Zuckerwarenfabrik

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Berndt

Kolonialwaren, Spirituosen
Beharion Titz Nachfolger

A. Kohlisch
St. Vincenz-Drogerie

Paul Herrmann
Bäckerei und Konditorei

Geld auf Pfänder
jeder Art

Möbel aus eigener Werkstatt
Erich Seuffleben

Brot-, Weiß- u.
Feinbäckerei

Schuh-Reparatur-Betrieb
Engel

Leder-Ausstatt
kauft man am billigsten bei

Milch- und Molkereiprodukte
bei F. Hoffmann

Kolonialwaren
Erich Weber

Edeka Brot
Wunderkinder
Nur zu haben in Edeka-Geschäften

Radio-Reim
stets der Allerbilligste

Was mit TETZ rechnet
kann sich mehr leisten

Wirtschaftswaren
Kaufhaus am Dom

Theodor Buchall
Zwingerplatz 2 und Filialen

ff. Fleisch- und Wurstwaren bei
Larisch, Neue Sandstr. 13

Trinkt Nitschke-Crem

Richard Karsunky & Co.
MÖBEL
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Zentrum

Blumen zu jeder Gelegenheit
Friedrich Janke

Allerbilligste Bezugsquelle für
Stoffanzüge u. Arbeiterbekleidung

Die billigste Einfuhrquelle
für das arbeitende Volk ist die Firma

Fleisch-Zentrale
Messergasse 25

Gewonnen, kauft eure Sport-
Artikel im Kleinen

Reserviert G. P.

Kauf Schwarzwälder Uhren
Preis 2.50 Mark

Damenfäscchen
Reisekoffer - Lederjachen

Brauerei-Ausschank
„Zur goldenen Marie“

Rittermarkthalle
E. Heide

Besucht die beliebten
Oder-Lichtspiele

Westendstraße 50-52

Gotthard Völkel
Gute Berufskleidung u. Wäsche

Vogelfutter nur bei Ritter
Friedr.-Wilh.-Str. 53

Reserviert F. M.

Kolonialwaren, Delikatessen, Weine
bei Cuije Sattler

Brot- und Feinbäckerei
Arthur Nitschke

Kauft beim
selbstständigen
Kleinhändler!

Kolonialwaren
M. & J. Lux

Paul Gebauer
Kolonialwaren u. Lebensmittel

Molkerei-Produkte
M. & J. Lux

Fischgeschäft
Friedrich River

Emanuel Ksoll
Molkerei

Kauft beim
Inserten!

Kolonialwaren
Obst u. Gemüse

Lokale

Verkehrslokal der Arbeiterschaft im
Kipke-Ausschank

30275 Treff aller Werktätigen
bei Fritz Nippe

Reserviert 42

M. Zadek
Kurzer, Weiß- und
Wollwaren

Josef Thomas, Inhaber J. Heilig
Edel-Geschäft

Fischhaus Max Höse

Reserviert 17

Reserviert 39

Nordost
Brot- u. Feinbackwaren bei
Emil Menzel

Milch- und Molkereiprodukte
bei Bressen

Molkereiprodukte und Lebensmittel
E. Malwald

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei J. Hauer

Fleisch- und Wurstwaren bei
Paul Scholz

Milch- und Molkereiprodukte
A. Müllers Nachf.

Reserviert 30270

Kolonialwaren, Delikatessen, Weine
bei Cuije Sattler

Brot- und Feinbäckerei
Arthur Nitschke

Kolonialwaren, Delikatessen, Weine, Liköre
Martin Land

Fleisch- u. Wurstwaren bei
Eduard Pilz

Trebütz

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
Zigarren, Zigaretten u. Tabak bei

Schlesische Mühlenwerke A. - G.

Breslau-Rosenthal

Drogerie Rosenthal

Süd

Achtung Hausfrauen!
Kauft eure Lebensmittel in der

Molkerei und Milchgroßhandlung
Christoph Hämmer

Kurt Tellen
Radio

Bäckerei Franz
Hartliebstraße 22

Lebensmittel bei
Sellger

Kolonialwaren
Milch bei
Fritz Schimmel

Brot- und Feinbäckerei
Joseph Keller

Stühle und
Reparaturen
nur bei
Paul Heister

Palast-Theater

Capitol-Lichtspiele
bringt nur erstklassige Tonfilme

Zieh'
Schuhe an
von
Dannemann

Reserviert

Frisier-Geschäft
Conrad Fink

Koche brate
und backe
nur mit
Gas!

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei
Max Schapke

Kaufhaus
„Merkur“

Das Verkehrslokal aller Werktätigen
Lokal „Zum Ockerstrand“

Reserviert

Beerdigungs-Institut

Schoffwitz bei Breslau

Rosenthaler Mühlenwerke

Aktiengesellschaft
Breslau-Rosenthal

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren
Hermann Kühn

Rosenthal-Metropo!

Tagung des ZK.-Plenums der KPSU.

Referat des Genossen Stalin

Moskau, 9. Januar. Am 7. Januar wurde die Vereinigte Plenartagung des ZK. und der ZAK. der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eröffnet.

Die Tagesordnung lautet: Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans und der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1933. Referenten: die Genossen Stalin, Molotow und Kujbischew. 2. Ueber die politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen und den Sowjetgläsern. Referent: Genosse Kaganowitsch. 3. Innerparteiliche Fragen. Referent: Genosse Kujbischew.

Auf der Abendtagung vom 7. Januar referierte Genosse Stalin.

Offener Verrat

der Reformisten im Grünbacher Streit

Wien, 9. Januar. Die reformistischen Führer sind im Grünbacher Bergarbeiterstreik zum offenen Streikbruch übergegangen. Mit der festen Absicht, dem Streik unter allen Umständen ein Ende auf der Grundlage ihres Schandpaktes zu machen, haben sie unter dem Schutz der Gendarmeriebajonette sowie unter dem Terror einer Prügelgarde, die mit Ochsenziemern und Stahlruten auf die Teilnehmer der Belegschaftsversammlung einschlugen, unter brutaler Anebelung jeder Arbeiterdemokratie und ohne Abstimmung den Streik für beendet erklärt und für heute den offenen Streikbruch organisiert. Unter der der Arbeiterschaft von Grünbach herrscht ungeheure Erregung.

Infolge des Verrats der Gewerkschaftsbürokraten hat die revolutionäre Streikleitung den Streik Sonntag beendet.

Kleine Meldungen

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei ist im vergangenen Jahre in sprunghaftem Tempo angestiegen. Im Monat Dezember werden amtlicherseits 700 000 Arbeitslose gezählt, 149 000 mehr als im vorigen Monat und 300 000 mehr als im vorigen Jahre.

Schwere Zusammenstöße in Irland ereigneten sich während einer Dubliner Wahlerversammlung der proletarischen Partei Cosgrave zwischen der „Irishen republikanischen Armee“ und der „Weißen Armee“, den faschistischen Sturmtruppen der Cosgrave-Partei. 30 Personen wurden verletzt.

Schwere Bauernunruhen in Italien

Landarbeiter und Bauern der Kampagna erheben sich gegen das faschistische Hungerregime

Rom, 9. Januar. Die halbamtliche „Agenzia Stefani“ meldet aus Salerno: „Infolge von Streitfragen lokalen Charakters sind 300 Personen aus der Gemeinde Monte San Giacomo nach Demonstrationen vor dem Rathaus nach dem benachbarten Ort Saffano gezogen. Dort griffen sie eine Karabinierewache an, bewarfen sie mit Steinen und feuerten auch auf sie. Ein Unteroffizier wurde verwundet, ein Karabinier trug schwere Verletzungen davon. Die Karabiniere (Polizisten) sah sich genötigt, gegen die Demonstranten mit Schüssen vorzugehen. Drei Tote und vier Verwundete blieben auf dem Platz.“

Bei den von der faschistischen Telegraphenagentur gemeldeten blutigen Unruhen in Salerno handelt es sich um einen regelrechten Bauernaufstand gegen die unerträglichen Lasten, die die faschistische Diktatur auf die werktätigen Bauern wälzt. Die Bauern von San Giacomo forderten vor dem Rathaus die Abschaffung der unmäßigen Steuern und Pachtzinsen. Später vereinigten sie sich mit einer Demonstration der Bauern von Saffano. Auch dort zogen sie vor das Rathaus, dessen Tore der Bürgermeister verschließen ließ. Es ist nicht wahr, daß die Demonstranten

zuerst auf die Polizisten geschossen haben. Erst als die Karabiniere mit der Waffe in der Hand gegen die unbewaffneten Bauern vorgingen, wehrten sie sich durch Steinwürfe. Darauf erfolgte die vernichtende Generalalbe der Polizisten.

Solche Bauernunruhen haben sich in den letzten Monaten im „Dritten Reich“ Mussolinis häufig ereignet, sind jedoch von der faschistischen Presse verheimlicht worden. Die Tatsache, daß im vorliegenden Falle die Unruhen selbst von der halbamtlichen Agentur zugegeben werden müssen, zeugt von dem besonderen Umfang der Kämpfe. Die brutalen Unterdrückungs- und Ausplünderungsmaßnahmen der faschistischen Diktatur, die in den Spalten des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriffs“ täglich gepriesen wird, treiben die werktätigen Massen sowohl in den Städten, wie auf dem Lande zu immer größeren Kämpfen. Unsere heldenhafte italienische Bruderpartei steht trotz strengster Illegalität und trotz brutalster Verfolgungen an der Spitze der kämpfenden Massen und führt sie gegen die faschistischen Unterdrücker, die den Arbeitern das Brot vom Tisch und den Bauern das letzte Stück Vieh aus dem Stall nehmen.

Der polnische Imperialismus droht mit Sanktionen gegen Deutschland

Warschau, 9. Januar. Die ungeheure chauvinistische Hebe des deutschen Imperialismus gegen Polen, die Nachrichten der französischen Regierungspresse über die bevorstehende Aufrollung der Korridorfrage durch den deutschen Imperialismus werden von der polnischen Bourgeoisie und ihrer Regierung mit von Tag zu Tag verstärkten Kriegsdrohungen beantwortet. Wir veröffentlichten vor einigen Tagen bereits die Tatsache, daß ein Teil der polnischen Regierungspresse von einem „unvermeidlichen Welt-

krieg“ im Zusammenhang mit den Revisionsforderungen des deutschen Imperialismus sprach. Nunmehr liegt ein geradezu alarmierender Artikel des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ vor, der ein offizielles Organ des polnischen Außenministeriums ist. Unter diesen Umständen kommen den Ausführungen dieser Zeitung ganz besondere Bedeutung zu, weil sie die Ansicht der polnischen Regierung unmittelbar wiedergeben. In dem Artikel heißt es unter anderem:

„Die deutsche Propaganda kann einen Kriegsbrand in Europa hervorrufen, und darum muß die polnische Regierung rechtzeitig sowohl die Hauptstädte Westeuropas als auch den Völkerbund davor warnen, daß die Schuld an dieser Verwirrung nicht Polen, sondern andere tragen... die deutsche Propaganda ist für Warschau ein ständiges Warnungssignal... Von einer Aussprache über die Grenze Polens kann unter keinen Umständen die Rede sein. Die polnische Regierung wird sich durch keinerlei diplomatische Winkelzüge zum Selbstmord überreden lassen.“

Diese Sprache des polnischen Regierungsorgans ist ungewöhnlich. Die Ausführungen des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ bedeuten nichts anderes, als daß der polnische Imperialismus an die übrigen imperialistischen Verfallener Mächte appelliert, gegenüber den Forderungen des deutschen Imperialismus mit

Sanktionen nach der Art des Aufrümmarsches zu antworten. Diese Äußerungen zeigen dem Völkertat mit erschreckender Deutlichkeit, wie die Kriegstreiber auf beiden Seiten einem neuen Völkermorden entgegensteuern.

Neue Kerkerurteile gegen Schweizer Soldaten

Zürich, 9. Januar. Vom Militärgericht wurden fünf Soldaten, die an der Demonstration und den Zusammenstößen am 15. Oktober in Freiburg beteiligt waren, von 1 bis 5 Monaten Gefängnis und Entzug der bürgerlichen Rechte bis 3 Jahre verurteilt.

Japan rüstet zum Marsch auf Peking

Weißgardistische Interventionstreiber am Werk / England und Amerika entsenden Kriegsschiffe

London, 9. Januar. Das japanische Hauptquartier in Tschangtschun verbreitet eine Mitteilung, wonach die japanischen Truppen gegenwärtig nicht die Absicht hätten, Tientsin und Peking zu besetzen, „obwohl“ — so wird weiter wörtlich ausgeführt — „dies das sicherste Mittel wäre, die Beendigung des Krieges herbeizuführen“. Tatsächlich aber sammelt der japanische Generalstab seine Truppen an der Eisenbahnlinie Peking-Mulden und trifft alle Vorbereitungen zum Marsch auf Peking. In der Nähe von Schanghai kam es am Freitag erneut zu Gefechten zwischen japanischen und chinesischen Truppen. Flüchtlinge aus Nordchina schätzen die Zahl der getöteten Zivilisten in Schanghai auf 5000.

In Schanghai wird die Nachricht verbreitet, daß der General Kalamura von Tokio den Befehl bekommen habe, nach Ablauf des Ultimatus gegen die chinesischen Truppen loszuschlagen und seinen Vormarsch fortzusetzen.

Im Zusammenhang mit der Besetzung Pogranitschnajas wittern die Weißgardisten wieder einmal Morgenluft und sind

eifrig am Werk, um zur Intervention gegen die Sowjetunion zu treten.

Die britische Regierung hat zwei Kriegsschiffe sowie zwei Bataillone englischer Soldaten nach Tschinwangtau, in der Nähe Schanghaiwans entsandt, um „die englischen Staatsbürger zu schützen“. In ganz Tschinwangtau gibt es drei (!) englische Staatsbürger. Gleichzeitig hat die englische Gesandtschaft eine Warnung an die chinesischen und japanischen Behörden gerichtet, keine Maßnahmen zu treffen, die die britischen Interessen in Nordchina verletzen. Am Sonnabend sind nun in Tschinwangtau auch zwei amerikanische Zerstörer eingelaufen, so daß an diesem Punkt die Streitkräfte aller imperialistischen Räuber und Rivalen zusammengeballt sind.

Es besteht kein Zweifel, daß Japan die gesamte Provinz Jehol besetzen will, jedoch ist es wahrscheinlich, daß der japanische Generalstab zunächst von Schanghaiwau aus die notwendigen militärischen und politischen Vorbereitungen treffen will, um die Voraussetzungen zur „Durchdringung“ der gesamten Provinz zu schaffen.

Zwischen Tanks und Stacheldraht

WILLY HARZHEIM

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

1. Fortsetzung

Beide haben ihre Mützen nicht abgenommen. Stumm sitzen sie sich gegenüber. Rudi Schweiffelt versucht durch Höflichkeitsschrauben des Dochtles die Lampe am Brennen zu erhalten. Er sieht, daß es nichts nützt und dreht den Docht wieder zurück. Die kleine gelbe Flamme wird zu einem winzigen blauen Kreis, der sich teilt, zusammenschließt und vollends erlischt. Still ist es im Zimmer. Die Dunkelheit verbindet die beiden. Lastend, langsam fängt Rudi Schweiffelt zu sprechen an: „... jetzt weißt du, warum ich dich nie mit nach oben nahm. Ich hab mich vor euch geschämt. Sie ist eine alte Schnapschlampe. Hab immer Angst vor dem Samstag. Scheißvoll besoffen ist sie meistens.“ Er dreht seinen Kopf und blickt auf die Zimmertür, hinter der seine Mutter schnarchend schläft. So spricht er weiter in die Dunkelheit hinein: „Was soll ich machen? Ich halt's nicht mehr aus! Habt sicher Gedacht, bei mir zu Hause ist alles herrlich, weil der Rudi immer lustig ist, wat? Aber ich kann doch nicht jedem sagen, was los ist. Wie oft bin ich so ohne Nix, kein Brot, nach 'm Pütt gelaufen. Wo ich in die Schule ging, damals, hab ich Angst gehabt, daß sie mal ans Schultor kommen wird, besoffen, wird hinfallen, alle werden sie auslachen. — Ist sie nüchtern, dann knurrt sie gegen alles. Sie will nicht, daß ich zu den Gruppenabenden gehe. Die Kommunisten verderben dich! — Hab ich mich schon über das verdammte Luder ärgern müssen! Das soll meine Mutter sein?“

Niemals wollte Rudi Schweiffelt darüber mit jemand sprechen, aber jetzt er mit Franz Hallig Freundschaft geschlossen hatte, kamen ihm immer wieder die Gedanken: Dem Franz muß ich es mal sagen, nein, ich brauch mich nicht zu schämen, es ärgert mich, es quält mich...

„Franz, du bist der erste, dem ich das sage!“

Franz Hallig hatte sich inzwischen eine Zigarette angezündet. Er nimmt noch eine aus der Schachtel und reicht sie Rudi Schweiffelt hin: „Da, Rauch die Zigarette und ärgere dich nicht

mehr! Nimm die Sache nicht so ernst. Nimm sie, wie sie ist, kannst sonst nicht darüber hinwegkommen. Ganz einfach, seh dir die Geschichte an. Von wegen Schämen, das ist Quatsch! Damit wirst du nicht...“

„Aber ist doch so, ich schäm mich!“ warf Rudi ein.

„Ich versteh, aber schämen ist Quatsch! Warum läufst sie denn? Ach so, dein Oller ist getürmt! Durch den Dösel zum Fußel. Du wirst sie nicht austrappeln können. Wenn sie nüchtern ist, mußt ihr mal die Zähne zeigen! Wart mal, am Lohntag, dann gib ihr feste Bescheid, dann geh ich mit hier raus. Die darf dir nicht immer in die Quere kommen. Komm, gehen wir zu mir. Kannst bei mir schlafen. Laß sie morgen früh schon merken, von wegen kein Abendrot machen!“

Rudi Schweiffelt steht sofort auf und geht mit. Es hatte wieder zu regnen begonnen. Ein scharfer Wind versucht ihre Mützen wegzureißen. Es friert den beiden. Sie laufen mitten durch die Kolonie auf ein kleines altes Haus zu. Franz Hallig holt unter der Türmatte den Haus Schlüssel hervor und schließt auf. Er geht sofort zum Ofen. Bald prasselt ein tüchtiges Feuer im Ofenherd. Der Wasserfessel summt. Sie haben sich am Feuer hingesetzt. Franz Hallig steckt seine Füße in den Badofen. „Laß mich ein bißchen die nassen Füße wärmen. Ich schneid nachher Brot ab!“

Es gefällt dem Rudi Schweiffelt hier. Warm ist die Stube. Sein Kopf ist tief geneigt. Er bläst auf den heißen Kaffee.

„Ist doch anders zum Schlafen, wenn man wat im Bauch hat!“ lacht er.

„Aber morgen müssen wir früh raus!“

„Ja doch, du hast mir immer noch nichts gesagt von morgen.“
„Du weißt doch, Rudi, daß ich morgen nach Belbert fahre. Da ist Züngerarbeiterkongreß. Und da sollst du mitkommen. Karl Allerich war heute hier. Wegen dir! Sollt Antiarbeit machen. Morgen spricht er mit dir über alles. Ich soll dich aber noch mal fragen, ob du mitmachen willst. Du weißt doch, Rudi, gefährliche Sache!“

„Na klar! Selbstverständlich!“

„Wir sollen mit keinem darüber reden! Und wenn wir noch Genossen brauchen, genau ansehen!“
„Ich freu mich schon auf Belbert, Franz.“

Franz Hallig legte Decken auf die Holzbank. „So, Rudi, diese Nacht mußt du damit auskommen. Mein Mantel ist naß. Schlaf gut!“

Die Konferenz

Sie fahren mit der Straßenbahn nach Essen, von dort mit dem Frühzug nach Belbert.

Auf dem Bahnhofsvorplatz stehen überall Gruppen.

„Schade“, sagt Rudi, „daß ich meinen Wanderanzug nicht hab anziehen können!“

Die meisten Jungen in den Gruppen tragen Manchesteranzüge. Auch die Mädels haben Brotbeutel umgehängt. Aus einer Gruppe kommen zwei Jungen. „Los, gehen wir!“ rufen sie. Auf ihren Gitarren klapern sie ein Lied. Alle singen es mit.

In einer abseits liegenden Wirtschaft bleiben sie stehen. Hier soll die Konferenz stattfinden, zu der sie delegiert sind. Die Schankstube ist nur ein schmaler, niedriger Raum. Die meisten Delegierten gehen in den Saal, den der Wirt an sein kleines Häuschen angebaut hat. In einer Ecke stehen Turngeräte zusammengestellt. Links von der Tür steht ein großer Notenschrank des Männergesangvereins „Deutscher Rhein“. Rudi Schweiffelt und Franz Hallig begrüßen viele Bekannte. Mit Karl Allerich kann Rudi Schweiffelt nicht zusammenkommen. Immer ist Allerich von einem dichten Kreis diskutierender Jungen und Mädels umstellt. Und lassen sie ihn frei, dann rennt er, eine Altkarte unter dem Arm geklemmt, zu einer anderen Gruppe. Um eine Kopfslänge ist Karl Allerich größer als die ihn umstehenden Jungen. Rudi Schweiffelt sieht von weitem sein breites Schultern, seinen starken Hals, den ein Schillertragen umschließt, und bemerkt des öfteren, wie Karl Allerich seine widerspenstigen weichen Haare aus dem Gesicht streicht. Jetzt geht Karl Allerich nach vorn, rückt einen Tisch zurecht, nimmt eine Klingel in die Hand und ruft nach allen Seiten: „Genossen, wir fangen an!“ Es setzen sich einige Jungen an den Tisch. Einer von ihnen steht auf und spricht lange.

Rudi Schweiffelt hört viele Zahlen. Eine halbe Stunde sitzt er ruhig. Da hätte er beinahe laut gehäht. Er reißt seine Augen. Sie schmerzen ihn. Eine Stuhlreihe vor ihm sitzt Franz Hallig. Na, denkt Rudi Schweiffelt, der ist auch müde, als er ihn mit vornübergebeugtem Kopf sitzen sieht. Doch da bemerkt er, wie Franz Hallig eifrig auf einem Notizblock, der auf seinen Knien liegt, kritzelt. Er sieht ihn leicht an die Schulter. „Du, Franz, gib mir 'n paar Blätter!“ Er will auch schreiben, glaubt, dadurch sich wachhalten zu können.

(Fortsetzung folgt)

Hoch das Banner des proletarischen Internationalismus

Gegen Versailles und Erbverflechtung — Zum Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker, Kriegsheger und nationalistische Vergiftung

Hindenburg. Mehr als 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen, arbeitende Jugend und Werktätige folgten am Sonntag, den 8. Januar, auf dem Reichensplatz mit Begeisterung und gespannter Aufmerksamkeit der stammenden und kernigen Rede des Mitbegründers der SPD. und des Kampfgesährten der großen Kämpfer Pleck, Lebnicht und Rosa Luxemburg, die im Freiheitskampf des deutschen Proletariats um ein Völkereuropa, menschenwürdig in den Annuitäten 1919 gemordet wurden. Nur mit Mühe und knapper Not entging Genosse Pleck dem gleichen Schicksal.

Die revolutionären Grundsätze des bolschewistischen Zentralkomitees der SPD., unter Führung des Genossen Ernst Thälmann, überbringend, welche von den Versammelten mit brausendem Beifall aufgenommen wurden, führte Genosse Pleck aus:

Unsere heutige Kundgebung hat eine besondere Bedeutung. Sie steht im Zeichen des proletarischen Internationalismus für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegsräuber, faschistische Diktatur, Hunger und Frost, für das internationale Kampfbündnis des deutschen, polnischen und tschechischen Proletariats im oberösterreichischen Grenzgebiet.

Wollt ihr frei werden von Hunger und Knechtschaft, sozialer und nationaler Unterdrückung, dann müsst alle Werktätigen, die von ihrer Hände Arbeit leben, die Millionen der Erwerbslosen, die der Hungerunterstützung ausgeliefert sind, die Schichten des Mittelstandes, die unter den Folgen und der Last der kapitalistischen Krise zusammenbrechen, die einheitliche Kampffront aufrichten, gegen die Ausbeuter und Unterdrücker im eigenen Lande.

Die Imperialisten rüsten zum neuen Weltkrieg

Die kapitalistische Krise wütet mit unerminderter, ja gesteigerter Schärfe und zieht alle werktätigen Schichten in den Strudel des Hungers und des Elends. Der Kapitalismus will sich den Ausweg aus der Krise durch neuen massenmordenden imperialistischen Weltkrieg bahnen. Mit aller Kraft rüsten die Imperialisten trotz Abwärtstendenzen und Friedensreden, die ihre Kriegsrüstungen und Vorbereitungen nur verschleiern sollen, zum Weltkrieg um die Neuverteilung der Absatzgebiete und Rohstoffquellen. Die gesteigerte nationalstolze Verheerung und chauvinistische Welle ist ein Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen und zur beschleunigten Durchführung des Weltkrieges. Schleicher hat in seiner Rundfunkrede vom 15. Dezember 1932 die Rüstungsforderungen der deutschen Bourgeoisie proklamiert und die Imperialisten Frankreichs, unter dem Sozialdemokraten Boncompagni, antworten auf die Rüstungsforderungen der deutschen Bourgeoisie mit ebenfalls gesteigerten Rüstungsforderungen. Die kapitalistische Welt rüstet in Waffen. Der Krieg ist da. Im fernsten Osten, in Südamerika haben die Imperialisten die Kriegsfäden entzündet. Immer näher schieben sich die imperialistischen Truppen an die Sowjetgrenze. Um Danzig, den

Betriebsrätewahlen bedeutungsvoller als Parlamentswahlen

da die Betriebe die Konzentrationpunkte der Kräfte der Arbeiterklasse sind im Kampf gegen den Lohnraub, Entlassungen und Massenentlassungen, gegen faschistische Diktatur, Nationalismus und imperialistischen Krieg. Hier gilt es durch die SPD, die NSD. und die roten Verbände die Kräfte zu sammeln bei der Aufstellung gemeinsamer oppositioneller Gewerkschaften, der Einheitslisten, zu den Betriebsrätewahlen. Gleichermassen gilt es für die Krisenverwaltungswahlen, in den freien Gewerkschaften vorzutreten, im Kampf um jede Funktion zur Befreiung durch oppositionelle Gewerkschaften. Sozialdemokratische, freigewerkschaftliche, christliche und parteilose Arbeiter müssen hier mit den kommunistischen Arbeitern, NSD.- und SPD.-Kollegen

Korridor und Oberschlesien bereitet sich der Krieg zwischen Deutschland und Polen losbrechen. Die Arbeiter und Werktätigen im oberösterreichischen Grenzgebiet haben große Aufgaben.

Wir Kommunisten, die Arbeiter und werktätigen Massen, müssen Zielstrecks auf folgen, der da den Imperialisten und Militaristen des vergangenen Weltkrieges und den sozialchauvinistischen Trabanten der II. Internationale entgegensteht: „Krieg dem imperialistischen Krieg — nicht Bürgerkrieg, sondern Bürgerkrieg“. (Brausen der Beifall.)

Die Sozial- und national-faschistischen Massenbetrüger

die SPD.- und NSD.-Führer, die Nazis und alle Trabanten der kapitalistischen Ordnung, korruptiert, finanziert und ausgeschaltet von der deutschen Trustbourgeoisie, sind krampfhaft bemüht, die „Nationale Konzentration“, die Sammlung der faschistischen Kräfte, durchzuführen. Während Millionen der Arbeiter und Werktätigen hungern und verkommen, herben auf der anderen Seite die Lebensmittelpolster vorüberfließen. Schleicher kündigte in seiner Rundfunkrede, wie alle vergangenen Regierungen, „Arbeitsbeschaffung“ an. Seit seiner fünfmonatlichen Regierungstätigkeit ist die Arbeitslosenzahl um eine Viertel Million gewachsen. Versprechungen über Versprechungen.

In dieser Situation gibt Leypart dem Vertreter des Pariser „Eggschor“ eine Erklärung für die Unterdrückung von Schleicher. In dieser Situation betont Leypart in seiner Neujahrsbotschaft, daß die Regierung Schleicher versucht, die Forderungen der SPD. und des NSD. in bezug auf Arbeitsbeschaffung zu erfüllen. Wir können daher die Regierung Schleicher nicht ablehnen. Leypart ruft: „Das Programm der Gleichberechtigung der Rüstungen, ist das Programm jedes Deutschen“.

Zu gleicher Zeit geht Hitler zu Papen und zu dem Bankier von Schröder in Köln und verhandelt mit den Schwerindustriellen, den Bank- und Börsenjobbern vom Herrenklub zur Konzentration der faschistischen Kräfte, für die Raub-, Unterdrückungs- und Kriegspläne der deutschen Bourgeoisie. Sie alle bieten ihre Mithilfe an zur Durchführung der Hungeroffensive, zur sozialen und nationalen Unterdrückung, sowie der Kriegspläne. Steht die Massenbetrüger der SPD. und der NSD. Behindert durch den antisfaschistischen Massen-kampf gegen Lohnraub, Betriebskillingen und Massenentlassungen, gegen Unterdrückungs- und Rentenraub, für die Deckung der Lebensmittelpolster, daß es den Kapitalisten nicht gelingt, ihre Pläne durchzuführen. Der antisfaschistische Massenkampf hat die Papenregierung zur Kapitulation gezwungen, der antisfaschistische Massenkampf muß auch die Schleicherdiktatur zerschlagen.

In diesem Kampf zur Schmelzung der Einheitsfront sind die

hatten, diesen Hungerlohn zu verdienen. Die Bauarbeiter vom Lande, die im Industriegebiet beschäftigt wurden, gaben die Hälfte ihres Lohnes an Fahrt und Speise aus, so daß sie nur noch paar Pfennige nach Hause brachten. Ein großer Teil von den 80 Prozent erwerbslosen Bauarbeitern, im Winter 95 Prozent, bekommen überhaupt auf Grund der Behauptungsprüfung keine Unterstützung. Der Rest der erwerbslosen Bauarbeiter muß von der Hungerunterstützung leben. Am 28. November 1932 brachte der freigewerkschaftlich organisierte Arbeitsminister Wiffel das Gesetz gegen die Bauarbeiter ein. (Sonber-löse Bauarbeiter, die 26 Wochen Vollunterstützung bezogen, dieselben nur noch sechs Wochen erhielten, und dann zur Strafenunterstützung verurteilt wurden. Weitere 600 000 erhielten überhaupt keine Unterstützung. Papen beendete nur das Werk im Juni d. J. durch die 5. Notverordnung, das Werk, was der SPD.- und freigewerkschaftlich Arbeitsminister Wiffel begonnen hat.

Kollegen, Bauarbeiter von Oberschlesien!

Macht Schluss mit dem Siegerwahn und Leypart-Kurs, die auf eure Kosten versuchen, durch dauernden Lohnraub und Unterstützungs-raub die kapitalistische Wirtschaftskrise zu überwinden. Darum stellt bei kommenden Ortsverwaltungswahlen nur solche Funktionäre auf die Listen, die sich gegen den Leypart-Kurs aussprechen, und mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen Lohnraub und Faschismus kämpfen wollen.

Kollegen, ein neuer Lohnraub im oberösterreichischen Baugewerbe droht. Trotz der schon bestehenden Hungerlöhne im oberösterreichischen Baugewerbe fordern die Unternehmer noch sechs einen 22prozentigen Lohnraub durchzuführen. Die Bauarbeiterschaft Oberschlesiens darf sich keinen weiteren Lohnraub mehr gefallen lassen. In brüderlicher Kampfesolidarität gilt es, das Kampfbündnis zwischen den Betrieben und Stempelstellen gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen den gemeinsamen Feind, für die gemeinsamen Forderungen zu festigen. Alle Bauarbeiter, insbesondere die sozialdemokratischen und christlichen Kollegen, gilt es in die einheitliche Kampffront unter der Führung der NSD. einzubeziehen, zum erfolgreichen Kampf gegen den Lohnraub, für die Forderungen der Bauarbeiter.

Öffentliche Anforderung der Bürgersteuer 1933

I. Die Gemeinde Breslau erhebt für das Kalenderjahr 1933 eine Bürgersteuer in Höhe von 500 v. H. des Landessteuers. Der Bürgersteuer unterliegen grundsätzlich alle Personen, die am 10. Oktober 1932 über 18 Jahre alt waren und an diesem Tage im Bezirk der Gemeinde ihren Wohnsitz (oder mangels eines inländischen Wohnsitzes ihren gewöhnlichen Aufenthalt) hatten.

II. Die Bürgersteuer wird von denjenigen unter I fallenden Personen, denen für das Kalenderjahr 1933 von der unterzeichneten Gemeinde eine Steuerkarte ausgestellt wird, auf der Steuerkarte angefordert. Von den Personen, die vom Finanzamt für das Kalenderjahr 1931 (oder für den in diesem Jahr endenden Steuerabschnitt) zur Einkommensteuer veranlagt worden sind, wird die Bürgersteuer durch besonderen Bescheid angefordert.

III. Die Höhe der Bürgersteuer richtet sich nach der Höhe des Einkommens im Jahre 1931. Die Bürgersteuer ist für ein Ehepaar zusammen ebenso hoch wie für einen Ledigen. Sie beträgt, falls der Steuerpflichtige für 1931 zur Einkommensteuer (oder zum Steuerabzug durch Arbeitslohn) tatsächlich nicht herangezogen worden ist, 15,— RM.

IV. Die nicht unter II fallenden Steuerpflichtigen werden hiermit aufgefordert, die Bürgersteuer je zu einem Viertel bis zum 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November 1933 an die Städtische Steuerkasse XII, Springerstraße 5/9, Erdgeschoss (Postfachkonto Breslau 13 830, Konto der Städtischen Bank G 6615), werktags in der Zeit von 8—12 Uhr zu entrichten.

Werden die Teilbeträge nicht rechtzeitig gezahlt, so werden sie ohne besondere Anforderung oder Mahnung durch gebührenpflichtige Zwangsvollstreckung eingezogen.

V. Befreit vom jeweils fälligen Teilbetrag sind insbesondere die Personen, welche an dem betreffenden Fälligkeitstage

- a) Arbeitslosen- oder Strafenunterstützung empfangen,
- b) laufend Unterstützungen aus der öffentlichen Fürsorge erhalten,
- c) Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen, wenn ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 RM. nicht übersteigt,
- d) Zuzugrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen; ferner sind befreit
- e) Personen, deren gesamte Jahreseinkünfte (das ist der auf ein Jahresergebnis umgerechnete Betrag des Arbeitslohnes, der bei der auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung zu zahlen ist, zusätzlich des sonstigen Einkommens) im Kalenderjahr 1933 die allgemeine Freigrenze nicht übersteigen. Die allgemeine Freigrenze besteht in dem Betrage, der sich für den Steuerpflichtigen nach seinem Familienstande im Falle der Hilfsbedürftigkeit nach den Richtlinien der allgemeinen Fürsorge als Wohlfahrtsunterstützung ergeben würde. Hiernach beträgt die Freigrenze für

	monatl.	jährl.
1 alleinlebende Person	35 RM.	420 RM.
1 Ehepaar ohne Kinder	54	648
1 Ehepaar mit 1 Kind	69	828
1 Ehepaar mit 2 Kindern	84	1008
1 Ehepaar mit 3 Kindern	99	1188

Diese Befreiungsvorschrift gilt nicht für Personen, die ein landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches und gärtnerisches Vermögen, Grundvermögen oder Betriebsvermögen im Werte von zusammen mehr als 5000 RM. besitzen.

VI. In den Fällen, in denen die Bürgersteuer durch die Steuerkarte angefordert worden ist, hat der Steuerpflichtige sie selbst bis zur Entrichtung, wenn sie vom Arbeitslohn tatsächlich nicht einbehalten wird, ein Befreiungsgrund (siehe oben V) aber nicht gegeben ist. In diesem Falle gelten die auf der 4. Seite der Steuerkarte angegebenen Fälligkeitstage und Teilbeträge.

Ein Merkblatt über die Berechnung und Abführung der von den Arbeitgebern einzubehaltenden Bürgersteuer ist in sämtlichen Städtischen Steuerkassen vom 12. Januar 1933 ab kostenlos erhältlich.

Breslau, den 5. Januar 1933.
Der Magistrat — Steuerverwaltung
Dr. Treutler.

Ueber alle Grenzen hinweg reichen wir den Arbeitern die Bruderhand

zum gemeinsamen Kampf gegen die Kapitaloffensive, Versailles und Erbverflechtung, gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung und den Schutz der Sowjetunion, gegen die imperialistischen Kriegsräuber.

Diesseits und jenseits der Grenzen, in Polen und der Tschechoslowakei, den Nachbargebieten des oberösterreichischen Grenzgebietes, frohnen die werktätigen Massen unter der faschistischen Diktatur Pilsudskis und der kapitalistischen Massakel-Diktatur. Häben wie drüben, in Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei raubt man den Arbeitern die Löhne, Unterstützungen, wirft sie in Wasser, auf die Straße, unterdrückt, verfolgt und rötet mit blutigem Mitteln die nationalen Minderheiten aus. Fester müssen wir das Kampfbündnis mit unseren Brüdern jenseits der Grenze schließen.

Dieser Tage erfolgte die zehnjährige Wiederkehr der Ruhrbesetzung sowie auch die oberösterreichischen Arbeiter aus eigener Erfahrung aus dem Jahr 1920/21/22 durch das Plebiszit, unter der Last der Besetzung, ihre Erfahrungen machten, und unter der Führung der kommunistischen Partei einen heldenhaften Kampf gegen die imperialistischen Räuber führten, während die deutsche Bourgeoisie mit den Imperialisten gegen das Proletariat partiierte. Der Internationale der Kapitalisten, der Ausbeuter und Unterdrücker, müssen die Arbeiter die internationale Kampffront entgegensetzen.

Aus Krise und Elend gibt es nur einen Ausweg

für die Arbeiter aller Länder. Nicht auf dem Wege der Demokratie der SPD., dem „Dritten Reich“ der Faschisten, sondern nur auf dem Wege, den das sowjetrussische Proletariat beschritten hat, durch die Zerkümmern der kapitalistischen Macht, der Macht der Industrie- und Agrarmagnaten, und durch die Aufrichtung der Macht der Arbeiter und Bauern. Die Sowjetunion schreitet vorwärts und steht an der Schwelle des zweiten Fünfjahresplan. In der Sowjetunion unaufhaltsamer Aufstieg. Hebung der Lebenslage der arbeitenden Massen, keine Arbeitslosigkeit, und in der kapitalistischen Welt, Niedergang und Verfall, Massenelend und Hunger. Nur wenn auf den Schächten und Hütten, den Bienen und Schöpfern der Industrie- und Agrarmagnaten die hegeische rote Fahne des Proletariats weht,

die einheitliche Kampffront auf der Basis der betrieblichen Forderungen herstellen.

An dieser Kampffront der Betriebsarbeiter im Bündnis mit den Erwerbslosen und allen Werktätigen, wird die Kapitaloffensive zerschlagen und die Schleicherdiktatur zerschlagen.

Die Kampffront aller Arbeiter gegen die Kapitaloffensive muß erweitert werden, durch die Einbeziehung der werktätigen Frau, die unter einer doppelten Knechtschaft durch die kapitalistische Unterdrückungspolitik leidet und mit ihr muß die arbeitende Jugend in die Einheitsfront eingereicht werden, gegen das Schleicher-, Jugendnotwerk, gegen vormilitaristische Erziehung, Zwangsarbeit und Sklaverei.

wenn Grund und Boden, Fabriken und Rohstoffe in den Händen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft sein werden, dann wird die Not und das Elend der werktätigen Massen ein Ende nehmen und der Aufstieg zu einem besseren Dasein erfolgen.

Trotz wütender Verfolgung und Unterdrückung der kommunistischen Parteien, trotz drohendem Verbot der SPD. und der proletarischen Massenorganisationen, trotz Ankündigung drakonischer Maßnahmen gegen die Führerin der Arbeiterklasse, die SPD., scharen sich immer größere Massen um ihre Führung. Die Massen werden anmorkten mit dem Kampf um die proletarische Diktatur gegen die kapitalistische Diktatur. „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, her zur kämpfenden Einheitsfront, für ein Sowjetdeutschland. (Brausen der Beifall.)

Hindenburg Arbeitsamt unter Leitung des SPD.-Führer Karger vermittelt Streikbrecher

Nur die NSD. hat gegen den Lohnraub gekämpft und auf den Baustellen die Bauarbeiter zum Streik mobilisiert, die von den freien und christlichen Gewerkschaften sabotiert wurden. (Siehe Mitteilungsblatt.)

Eine ganz besondere Rolle bei dem Bauarbeiterstreik in Miltitz spielte der Baugewerkschaftsführer Juch. Mit allen Mitteln hielt er im Oktober 1932 die Bauarbeiter bei der Firma Dela-Lowitz, dessen Inhaber in der SPD. organisiert ist, von dem Streik ab, so daß es der Jn. gelang, den Lohnraub durchzubringen. Und die Streikbrudrolle der SPD.-Führer in den Kampf der Bauarbeiter fand auch hier wieder ihre Befähigung, in dem das Hindenburg Arbeitsamt, welches unter der Leitung des sozialdemokratischen Arbeitsamtdirektors Karger steht, im Mai 1932 auf die Baustellen Streikbrecher vermittelte.

Trotz der Hungerlöhne gibt es keine Arbeitsmöglichkeit, so daß bloß 20 Prozent der oberösterreichischen Bauarbeiter die Möglichkeit